

Vertrauen in die Polizei und staatliche Institutionen: Konstanz und Wandel in den Einstellungen der Bevölkerung 1984-2011

Reuband, Karl-Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Centaurus-Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reuband, K.-H. (2012). Vertrauen in die Polizei und staatliche Institutionen: Konstanz und Wandel in den Einstellungen der Bevölkerung 1984-2011. *Soziale Probleme*, 23(1), 5-39. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-397941>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Vertrauen in die Polizei und staatliche Institutionen

Konstanz und Wandel in den Einstellungen der Bevölkerung 1984-2011

von Karl-Heinz Reuband

Zusammenfassung

Auf der Basis bundesweiter Umfragen aus den Jahren 1984 bis 2011 wird untersucht, wie sich in den alten Bundesländern das Vertrauen in die Polizei und andere staatliche sowie nicht-staatliche Institutionen verändert hat. Von einer schleichenden und fortschreitenden Vertrauenskrise, wie oftmals vermutet, ist nichts zu erkennen. Nach einem Rückgang des Vertrauens, den einige Institutionen in den 1980er und frühen 1990er Jahren durchliefen, haben sich die Verhältnisse stabilisiert. Zum Teil kam es zwischenzeitlich sogar zu einem Vertrauensgewinn. Im Gegensatz zu früher wird der Polizei (zusammen mit der Justiz) ein eigenständiger Stellenwert in der Vertrauenszuweisung eingeräumt und sie nicht mehr mit den sonstigen staatlichen Institutionen gleichgesetzt. Anders als früher gilt ebenfalls nicht mehr, dass die Jüngeren und besser Gebildeten der Polizei überproportional Misstrauen entgegenbringen. Die Beziehungen haben sich aufgelöst oder sich sogar in ihr Gegenteil gekehrt. Der Einfluss postmaterialistischer Wertorientierungen auf das Institutionenvertrauen hat abgenommen.

1. Einleitung

Wenn es um die Frage des Vertrauens in Institutionen geht, nimmt die Polizei in der Bevölkerung traditionell einen hohen Stellenwert ein. Dies gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für die meisten anderen westlichen Industriegesellschaften (vgl. Eurobarometer 2005; GfK 2008; Readers Digest 2011). Allerdings ist fraglich, wie sehr es sich dabei um ein stabiles Phänomen handelt. So ist in den letzten Jahren in der Bundesrepublik eine sinkende Hemmschwelle in der Gewaltausübung gegenüber Polizeibeamten verzeich-

net worden (vgl. dazu Ellrich/Pfeiffer/Baier 2010). Gedeutet wurde dies weiterhin als Zeichen für gestiegene Respektlosigkeit und gesunkenes Vertrauen in die Polizei (Süddeutsche Zeitung 2.6.2011).

Doch nicht nur im Zusammenhang mit Vorkommnissen, die sich in der Interaktion zwischen Bürger, Verdächtigen und Polizei abspielen, ist die Frage nach dem veränderten Vertrauen in die Polizei aktuell geworden. Sie ist es auch im Zusammenhang mit der Frage nach der Beurteilung staatlicher Institutionen. Die staatlichen Institutionen, so eine geläufige These in der internationalen sozial- und politikwissenschaftlichen Literatur, befänden sich seit langem in einer Vertrauenskrise. Mehrere Autoren sehen veränderte Ansprüche und Erwartungen in der Bevölkerung als Ursache der Entwicklung. Danach seien die Ansprüche an die politischen Institutionen gestiegen und deshalb müsse – selbst bei gleicher Effektivität dieser Institutionen – das Vertrauen sinken (vgl. Glaab/Kießling 2001: 574). Als eine spezifische Variante der These veränderter Ansprüche ist ebenfalls Ingleharts Theorie des Wertewandels einzustufen. Ihr zufolge begünstigt die Zunahme des Postmaterialismus in der Gesellschaft ein vermehrtes Streben nach Selbstverwirklichung und reduziert das Vertrauen in etablierte Autoritäten und Institutionen (Inglehart 1997a).

Andere Autoren haben auf die zunehmend komplexen Probleme moderner Industriegesellschaften verwiesen und auf die begrenzten staatlichen Möglichkeiten, diesen zu begegnen. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage des Outputs staatlichen Handelns – sei es auf der wirtschaftlichen oder anderen Ebenen – aufgegriffen worden und von der Performanz der Institution als ein Schlüsselement der Bewertung gesprochen worden. (vgl. z.B. Bok 1997; Mansbridge 1997). Wieder andere Autoren haben auf die Berichterstattung in den Medien rekurriert, die sich – angekoppelt an reale Veränderungen oder davon unabhängig – gewandelt hätte und ein zunehmend kritisches Bild staatlicher Institutionen vermitteln würde. Es ist die Rede von einer „Medienmalaise“ und davon, dass im Kampf um Quoten die Berichterstattung immer mehr durch Sensationalismus und eine einseitige Fokussierung auf negative Ereignisse geprägt sei (vgl. zu den verschiedenen Ansätzen auch Dalton 2004; Norris 1999; Nye/Zelikow/King 1997).

Schließlich gibt es auch noch einen in den letzten Jahren populär gewordenen Ansatz, der ausgehend vom Begriff des Sozialkapitales das generalisierte Vertrauen zu einem zentralen sozialen Merkmal erhoben hat. Es ist das

Verdienst von Robert Putnam, in seiner Arbeit „Bowling Alone“ (Putnam 2000) den Stellenwert des generalisierten Vertrauens in andere Menschen für das gesellschaftliche und politische Zusammenleben in umfassender Weise herausgearbeitet zu haben. Putnam zufolge bestimmt das generalisierte Vertrauen maßgeblich auch das Vertrauen in Institutionen. Politikverdrossenheit, Misstrauen gegenüber Institutionen und rückläufige Wahlbeteiligung sind ihm zufolge typisch für die neuere Zeit und allesamt ein Syndrom für den Ausstieg der Bürger aus dem gesellschaftlichen Leben und den Rückzug in die Privatsphäre.

Die meisten Autoren sind sich darin einig, dass die Krise des Vertrauens in die Institutionen einen Prozess repräsentiert, der längerfristig verläuft und nicht durch periodenspezifische Ereignisse allein erklärt werden kann. Die Entwicklungen in den USA gelten dafür als eindrucksvoller Beleg (vgl. Blendon et al. 1997; Dalton 1999: 67; Orren 1997). Zugleich gilt die Entwicklung in den USA als Vorbote einer Entwicklung, die sich früher oder später in anderen westlichen Industrienationen vollziehen würde. In der Tat zeigen internationale Studien, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen – darunter auch in die Polizei – in den meisten Ländern, für die Daten zur Verfügung stehen, seit den 1980er Jahren gesunken ist. Das Misstrauen in die Politik und die Politiker ist gewachsen (vgl. Dalton 2004; Ingelhart 1997b, 1999; Newton/Norris 2000).

Von der Abwärtsentwicklung des Institutionenvertrauens ist, so scheint es, auch Deutschland betroffen. So hat sich IPOS-Umfragen zufolge (die eine besonders dichte Zeitreihe für die Zeit Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre bieten) das Vertrauen in die staatlichen Institutionen, einschl. der Polizei, zwischen 1984 und 1995 kontinuierlich reduziert (vgl. Groll/Lander 2000; Rosar 1998). In die gleiche Richtung deuten die – in längerem zeitlichen Abstand erhobenen – Befunde der *World Value Surveys* (vgl. Dalton 2004). Aber hält dieser Trend auch weiterhin an?

Die Daten dazu sind lückenhaft. Die IPOS-Zeitreihe zum Institutionenvertrauen, erhoben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, wurde bedauerlicherweise nach 1995 nicht fortgeführt. Das EMNID Institut, das seit 1979 Fragen zum Institutionenvertrauen stellt, nahm die Polizei als Institution erst ab 1986 in die Liste auf. Die letzten Befunde in dieser Zeitreihe stammen aus dem Jahr 1999 (Tacke 1999). Das „Eurobarometer“ der Europäischen Kommission bietet im Vergleich dazu aktuellere Daten. Es umfasst seit

1997 vergleichbare Fragen zum Vertrauen in nationale Institutionen, einschl. Polizei. Die neusten Zahlen stammen von 2010.¹ Noch aktuellere Informationen kann man Umfragen des Institut für Demoskopie entnehmen, die den Zeitraum von 1991 bis 2011 abdecken – also etwas später einsetzen als die IPOS und EMNID Umfragen, aber zeitlich bis in die Gegenwart reichen (Institut für Demoskopie 2011a).

Diese Fortschreibung der älteren Datenbestände unterliegt allerdings Beschränkungen: sie liegen zum einen darin, dass sich die publizierten neueren Daten des „Eurobarometer“ und des Institut für Demoskopie auf Gesamtdeutschland beziehen (und nicht mehr wie früher auf Westdeutschland, wie bei IPOS). Und sie liegen zum anderen darin, dass eine andere Art der Operationalisierung gewählt wurde als in den IPOS Umfragen. Mal gibt es nur zwei Antwortmöglichkeiten (Vertrauen vs. kein Vertrauen), mal Abstufungen des Vertrauens in Form einer verbal benannten Vierer Skala oder einer lediglich in den Endpunkten benannten Siebener-Skala etc.. Man kann zwar versuchen, wie es Dieter Walz (1996) getan hat, die unterschiedlichen Operationalisierungen in den verschiedenen Erhebungen durch Recodierung in eine übergreifende Art der Operationalisierung zu überführen. Aber dies ist nicht immer unproblematisch und bringt auch nicht immer konsistente Befunde.² Solange man jedoch einen Vergleich auf der Grundlage identischer Operationalisierungen durchführt, ist dies kein Problem.

Die Befunde des Instituts für Demoskopie aus dem Jahr 2011 wecken Zweifel an der These einer fortschreitenden Erosion des Vertrauens. Im Gegenteil, es zeichnet sich im Zeitverlauf z.T. sogar eine Erhöhung des Vertrauens ab: bekundeten 1991 63 Prozent der Bevölkerung „sehr viel“ oder „ziemlich viel“ Vertrauen in die Polizei, waren es 2011 mit 73 rund zehn Prozent mehr. Desgleichen lassen sich in den „Eurobarometer“-Umfragen steigende Vertrauenswerte bei der Polizei feststellen. Waren es 1997 und 1999 noch 66 Prozent der Bürger und Bürgerinnen, die der Polizei (die Frage wurde dichotom gestellt) Vertrauen entgegen brachten, waren es 2000 bereits 74 Prozent, 2003 78 Prozent und 2005 82 Prozent. Der aktuellste Wert, ermittelt im Jahr 2010, liegt bei 80 Prozent (würde man die Befragten ohne Meinung nicht aus der Berechnung ausklammern, sondern in der Berechnung belassen, wären es im Jahr 2010 78 Prozent).³

Eine Renaissance des Vertrauens in der neueren Zeit erlebten auch andere Institutionen, wie die Umfragen des Instituts für Demoskopie belegen. So

sank das Vertrauen in die Gerichte bis 2005 zunächst ab und stieg in den Folgejahren erneut an. Vergleichbare Änderungen – Absinken der Vertrauenswerte bis 2005, gefolgt von erneutem Anstieg – kennzeichnen ferner die Beurteilung der Gewerkschaften und der großen Wirtschaftsunternehmen. Und ebenfalls, wenngleich weniger akzentuiert, vollzogen sich entsprechende Veränderungen in der Beurteilung staatlicher Verwaltung (Institut für Demoskopie 2011a).

Zusammengenommen sprechen die Befunde unterschiedlicher Provenienz damit für einen allenfalls zeitweisen und nicht für einen kontinuierlichen Rückgang des Vertrauens, wie er in der Literatur gewöhnlich unterstellt wird. Einen stringenten Vergleich indes erlauben die Befunde der beiden Zeitreihen aufgrund der unterschiedlichen Operationalisierung des Vertrauens und des unterschiedlichen nationalen Bezugs – mal Westdeutschland, mal Gesamtdeutschland – nicht. Im Folgenden soll unter Rückgriff auf bundesweite Erhebungen, die einen Langzeitvergleich auf der Basis identischer Operationalisierung bieten, für die alten Bundesländer eine Analyse des Vertrauens in die Polizei seit Beginn der 1980er Jahre angestellt werden. Dabei interessiert uns (1) die Verbreitung des Vertrauens in die Polizei im Zeitverlauf (2) die Entwicklung im Vergleich zu anderen Institutionen (3) der Zusammenhang zwischen Vertrauen in Institutionen und Vertrauen in die Polizei (4) die soziokulturellen Einflüsse, die das Vertrauen in die Polizei bestimmen, und wie sich diese im Zeitverlauf darstellen.

2. Methodisches Vorgehen

Grundlage der Untersuchung sind bundesweite Umfragen in der westdeutschen Bevölkerung 18 Jahre und älter aus den Jahren 1984 bis 2011. Die Erhebungen der Jahre 1984 bis 2008 stellen face-to-face Befragungen dar und wurden im Rahmen des ALLBUS erhoben. Sie basieren auf Random-Stichproben, entweder in Form von Random Route Verfahren oder in Form von Zufallsstichproben aus den Einwohnermelderegistern.⁴ Die Erhebung von 2011 wurde telefonisch durchgeführt und stützt sich auf zufallsgenerierte Telefonnummern nach dem Gabler/Häder Verfahren.⁵ Innerhalb des Haushalts wurde nach der Geburtstagsmethode ausgewählt (wer 18 Jahre und älter ist und zuletzt Geburtstag hatte). Die Erhebung erfolgte vom CATI-Telefonlabor

der Universität Düsseldorf mit Studierenden der Sozialwissenschaften als Interviewerinnen bzw. Interviewer.

Die Ausschöpfungsquoten in den Erhebungen variieren über die Zeit und unterscheiden sich in ihrer Höhe. In den ALLBUS Erhebungen zeichnet sich hierbei längerfristig ein Rückgang ab. Die letzte Erhebung mit Fragen zum Vertrauen aus dem Jahr 2008 weist nur noch eine Quote von 41 Prozent auf (Wasmer/Scholz/Blohm 2010: 64). Die Werte in unserer Telefonbefragung liegen noch niedriger – in Übereinstimmung mit der zwischenzeitlich weiter gesunkenen Teilnahmequote an Befragungen (vgl. Aust/Schröder 2009; Reuband 2011b) und einer inzwischen auch generell geringer gewordenen Bereitschaft zur Teilnahme an Telefonumfragen.⁶ Dies muss freilich für die Aussagekraft der Befunde kein gravierendes Problem sein. Neuen Studien zufolge ist die Höhe der Ausschöpfungsquote in der Regel weniger aussagekräftig für die Repräsentativität der erhobenen Daten als oft angenommen, die Effekte scheinen in der Regel eher gering (vgl. u.a. Keeter et al. 2006; Koch 1998; Kohut et al. 2012, Tripplet 2002). Angesichts dessen halten wir die Unterschiede in der Aussagekraft für den Vergleich nicht per se für problematisch (vgl. auch Diekmann 2007: 425).⁷

Im Folgenden beschränken wir uns auf Westdeutschland. Nur dadurch kann das Potential, das sich durch den ALLBUS für die Analyse zeitlichen Wandels eröffnet, umfassend genutzt werden: die erste Erhebung, in der Fragen zum Vertrauen gestellt wurden, stammt aus dem Jahr 1984. Ostdeutschland wurde erst ab 1991 einbezogen. Für die Analyse des Wandels in Ostdeutschland ist die Fallzahl der neusten Erhebung von 2011, die besonders im Langzeitvergleich interessiert, zu gering. Die Analyse des Wandels in den neuen Bundesländern ist daher zukünftigen Studien mit größerer Befragtenzahl vorbehalten. Die Zahl der Befragten in den alten Bundesländern in den hier herangezogenen Studien reicht von rund 500 bis nahezu 3.000 Befragten.

Die Frage nach dem Vertrauen in Institutionen wurde in den Erhebungen in identischer Weise gestellt. Die Befragten hatten auf einer siebenstufigen Skala anzugeben, welches Vertrauen sie den jeweiligen Institutionen entgegenbringen. Die Skala war jeweils in den Endpunkten benannt, mit „sehr großes Vertrauen“ auf der einen und „überhaupt kein Vertrauen“ auf der anderen Seite. In den face-to-face Befragungen wurde den Befragten zusätzlich eine Liste mit entsprechender Skalierung vorgelegt.⁸

3. Wandel des Vertrauens und Wandel sozialer Einflussfaktoren

Gemessen an den Antworten der Befragten auf die siebenstufige Skala, welche das Vertrauen in die Polizei misst, überwiegt – wie schon in den anderen zitierten Studien – auch in der neueren Zeit die positive Beurteilung. Fasst man die Werte 5 bis 7 unter die Kategorien des Vertrauens, so sind es der Umfrage von 2011 zufolge etwas mehr als zwei Drittel der Bürger und Bürgerinnen, welche der Polizei Vertrauen entgegenbringen. Würde man auch noch die mittlere Skalenstufe als Ausdruck von Vertrauen werten, käme man gar auf einen Wert von 80 Prozent. Dieses Ergebnis ist nicht einzigartig, vergleichbare Befunde erbringen auch andere Erhebungen.⁹ Vergleicht man die Bewertungen über die Zeit, so finden sich keine Hinweise auf eine Abnahme des Vertrauens. Gemessen wiederum an den Werten auf der Skala zwischen 5 und 7 scheint das Vertrauen sogar leicht gestiegen zu sein: waren es 1984 und 1994 jeweils 64 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, welche der Polizei das Vertrauen aussprachen, so sind es 2008 und 2011 67 bis 68 Prozent (Tabelle 1). Die Bereitschaft, ein Urteil abzugeben, erscheint dabei über die Zeit durchweg hoch zu sein: der Anteil derer, die keine Angabe machten, liegt in allen Umfragen bei weniger als ein Prozent.

Tabelle 1: Vertrauen in die Polizei im Zeitverlauf (in %)

	1984	1994	2000	2002	2008	2011
1 kein	3	2	1	2	2	4
2	5	4	2	3	4	6
3	9	8	8	9	8	12
4	19	22	19	20	18	12
5	26	27	29	33	30	29
6	25	25	27	25	27	25
7 großes	13	12	13	8	11	14
	100	100	100	100	100	100
N=	2973	2332	1409	1916	2342	496

Quelle: 1984-2008: ALLBUS, face-to-face Befragung; 2011: eigene Erhebung, Telefonbefragung; *Basis:* Westdeutschland; Personen 18 Jahre und älter, jeweils Random-Auswahl; *Kategorisierung:* Skala von 1-7 mit Benennung der Endpunkte, 1 = kein Vertrauen, 7 = sehr großes Vertrauen. Der Anteil der Befragten, die kein Urteil äußerten, liegt in allen Erhebungen unter 1 Prozent und bleibt aus der Berechnung ausgeklammert.

Bezieht man das Vertrauen in andere Institutionen in den Zeitvergleich mit ein, so wird nicht nur ein überproportional hohes Vertrauen in die Polizei erkennbar, sondern von Anfang an auch dessen außerordentliche Stabilität. Demgegenüber sank das Vertrauen in die Bundesregierung und den Bundestag zwischen 1984 und 1994 (und blieb von da an relativ stabil). Auch bei der Justiz lässt sich in der Frühzeit ein Abfall konstatieren, der dann – ähnlich wie bei den anderen Institutionen – in eine gewisse Stabilität übergeht. Im Jahr 2011 freilich erreichten die Gerichte bzw. die Justiz¹⁰ dann wieder einen höheren Wert als zuvor, höher auch als am Ausgangspunkt der Zeitreihe.¹¹

Tabelle 2: Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf (Anteil Vertrauen in %)

	1984	1994	2000	2002	2008	2011
Bundesregierung	48	27	28	29	31	28
Bundestag	50	29	27	33	29	30
Parteien	-	-	-	16	15	18
Arbeitgeberverbände	-	-	-	-	-	29
Gewerkschaften	32	27	31	-	-	39
Polizei	64	64	69	66	68	67
Gerichte/Justiz	55	48	49	48	50	58

„Vertrauen“ hier Werte zwischen 5 und 7 auf einer 7- stufigen Skala mit Benennung der Endpunkte, vgl. Tabelle 1; - nicht erhoben; Quelle und Basis in dieser und den folgenden Tabellen wie Tabelle 1.

Dass der Abwärtstrend in der Bewertung staatlicher Institutionen keine autonome Entwicklung darstellt, sondern eingebunden ist in steigende Politikverdrossenheit, dafür gibt es verschieden Belege. So ging in der Bundesrepublik zwischen 1977 und 2003 die Demokratiezufriedenheit zurück und zeitweise erheblich auch der Glaube an die Kompetenz der führenden Politiker. Anfang der 1990er Jahre sank massiv die Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen, ebenfalls betroffen waren von diesem Trend die Wirtschaftserwartungen (vgl. Feist 1994; Kornelius/Roth 2004). Des Weiteren lässt sich zeigen, dass sich in den 1980er Jahren der Postmaterialismus in der Bundesrepublik weiter ausbreitete (Marcus 2009: 160), der – Inglehart zufolge – die Autorität etablierter Institutionen untergräbt. Selbstentfaltungswerte gewannen in der Bevölkerung vermehrt an Unterstützung (vgl. Meulemann 1996).

Warum aber setzte sich der Abwärtstrend im Vertrauen in die Institutionen nicht fort, wiewoher zum Teil sogar einem Vertrauenszuwachs? Welche Variablen auch immer mit welchem Gewicht Einfluss genommen haben sollten, sicher ist: Die Parteienverdrossenheit („Sind Sie enttäuscht von den Parteien ...?“) ist zwar von 1999 bis 2004 gewachsen, doch ist sie anschließend wieder gesunken und liegt 2009 mit einem Wert von 31 Prozent auf ähnlichem Niveau wie 1991 mit einem Wert von 33 Prozent (Köcher 2009: 253).¹² Der Trend zum Postmaterialismus ist in der Zwischenzeit einem Umkehrtrend gewichen (vgl. Kaina/Deutsch 2006; Klein/Ohr 2004; Marcus 2009), und konformistische Werte haben in den Erziehungszielen wieder erheblich an Bedeutung gewonnen (Noelle-Neumann/Peterson 2001: 19ff., Petersen 2011a). Das generalisierte Vertrauen („Glauben Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann?“) ist von 33 Prozent in der Zeit um das Jahr 2000 auf Werte über 40 Prozent gestiegen (Köcher 2009: 767).¹³ Was zusammen genommen bedeutet: es gibt in der neueren Zeit keine Anzeichen für eine fortlaufende Verschlechterung in den Bedingungen, von denen angenommen wird, dass sie dem Vertrauen in Institutionen abträglich sind.¹⁴

4. Performanz und Institutionenvertrauen: wahrgenommene Kriminalitätsbedrohung im zeitlichen Verlauf

Wie verhält es sich mit der Performanz der in unserer Analyse besonders interessierenden Institution, der Polizei? Dass die Bewertung von Institutionen von deren wahrgenommener Performanz nicht unabhängig ist, hat sich in der Vergangenheit in verschiedenen Untersuchungen gezeigt. Nicht immer ist die Analyse stringent – wird z.B. die subjektive Komponente zu Gunsten der objektiven vernachlässigt oder ist der Bezug zwischen der gemessenen Realität und der Institution allenfalls indirekt.¹⁵ Gleichwohl: alles in allem gesehen deutet sich in den Befunden ein Zusammenhang an (vgl. della Porta 2000; Gabriel 1999; Kunz 2009; McAllister 1999; Miller/Listhaug 1999; Rölle 2009; Roth et al. 2011). Dies gilt auch für unsere Untersuchung. So gibt es zwischen der Zufriedenheit mit der Bundesregierung und dem Vertrauen in die Bundesregierung eine Korrelation von $r=.43$ ($p<0,001$) und zwischen dem Vertrauen in die Bundesregierung und der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage eine Korrelation von $r=.12$ ($p<0,01$). Letztere Beziehung ist naturgemäß schwächer – ist doch die unmittelbare Zuordnung zum Handeln der

Regierung eingeschränkt. Doch von der Richtung her ist die Beziehung stimmig.

Wie es sich mit der wahrgenommenen Performanz der Polizei verhält und wie diese zu messen ist, ist indes schwieriger zu beantworten. Fragen, die sich unmittelbar auf die Wahrnehmung erfolgreicher Arbeit beziehen, gibt es in unserer Untersuchung nicht. Und auch in anderen Untersuchungen fehlt es in der Regel an entsprechenden Fragen.¹⁶ Ersatzweise könnte man jedoch die Wahrnehmung der Kriminalitätsentwicklung oder die Kriminalitätsfurcht als Maßstab wählen – unter der Annahme, dass die Wahrnehmung eines Kriminalitätsanstiegs und das Vorhandensein von Kriminalitätsfurcht zugleich etwas über wahrgenommene Performanzdefizite aussagt. Des Weiteren könnte man Indikatoren für Punitivität (wie etwa die Forderung nach härteren Strafen) als Ersatzgröße heranziehen – in der Annahme, dass sich darin in gewissem Maße eine Unzufriedenheit der Bürger mit der gegenwärtigen Sicherheitslage ausdrückt und dies Implikationen für die Bewertung von Polizei und/oder Justiz hat.¹⁷

Gemessen an der polizeilich registrierten Kriminalität, ist die Kriminalitätsbelastung in Deutschland seit Beginn der 1990er Jahre gesunken. Lediglich wenn man sich auf einzelne Deliktformen – wie etwa Körperverletzung bezieht – kann man einen Anstieg registrierter Delikte feststellen (Bundeskriminalamt 2011). Aus der Perspektive der Bürger ist die Kriminalitätslage hingegen nach wie vor mehr durch einen Anstieg als durch einen Rückgang gekennzeichnet. Und auch für die Zukunft wird diese Entwicklung für wahrscheinlich erachtet. So mutmaßten 47 Prozent der Befragten unserer Erhebung aus dem Jahr 2011, dass die Kriminalität in den letzten Jahren gestiegen sei. 38 Prozent meinten, sie sei gleich geblieben. Nur 11 Prozent glaubten an einen Rückgang. Fragt man, wie sich die Kriminalität wohl in den nächsten Jahren entwickeln würde, wird der Eindruck einer pessimistischen Wahrnehmung weiter bekräftigt. So glaubten 55 Prozent an einen weiteren Kriminalitätsanstieg, dagegen nur 32 Prozent an gleichbleibende Verhältnisse und sechs Prozent an einen Rückgang.¹⁸

Der Anteil derer, die bei der Frage zur Kriminalitätsentwicklung der vergangenen oder der zukünftigen Jahre keine Antwort zu geben vermochten, ist bemerkenswert gering. Bezogen auf die Vergangenheit sind es gerade mal zwei Prozent, bezogen auf die Zukunft vier Prozent. Offenbar hat praktisch jeder Befragte zu diesem Thema eine Meinung, auch wenn sich diese mehr

auf vage Eindrücke als auf spezifische Informationen stützen mag. Denn die Gelegenheit, mit den neusten Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik und den in ihr abgebildeten Trends konfrontiert zu werden, hält sich üblicherweise in Grenzen. Die aktuellen Vorjahreszahlen der polizeilichen Kriminalstatistik werden – auf Bundes-, Länderebene oder kommunaler Ebene – nur einmal jährlich publiziert und finden meist auch nur dann Eingang in die Berichterstattung der Medien.

Die Meldungen nehmen von ihrer Platzierung und ihrem Umfang her nicht notwendigerweise eine prominente Stelle in der Berichterstattung ein. Oftmals bilden sie auch nur eine Kontrastfolie, um auf Zahlen und Trends im eigenen Bundesland oder in der eigenen Kommune einzugehen (Reuband 2004). Der Anteil der Bürger, welche die aktuellen Meldungen zur neusten Bundeskriminalstatistik rezipieren, dürfte überdies beschränkt sein – schließlich liest nicht jeder täglich eine Tageszeitung (heutzutage noch seltener als früher). Und selbst wenn er es täte: ob er den Beitrag zur Kriminalitätsentwicklung zur Kenntnis nehmen wird, ist keineswegs garantiert. Ob dies geschieht oder nicht, hängt sowohl von der Platzierung und Aufmachung des Beitrags wie auch den selektiven Interessen und der selektiven Aufmerksamkeit des Lesers ab.

Im Allgemeinen dürfte daher die Wahrscheinlichkeit gering sein, dass Trends in der polizeilich registrierten Kriminalität auf Bundesebene zur Kenntnis genommen werden. Weitaus größere Bedeutung könnte den Alltagsberichten in den Massenmedien zukommen und der (zumal in der Boulevardpresse) nicht selten anzutreffenden globalen Aussage, dass im Fall der Kriminalität alles schlimmer werde. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen früherer Jahre – es hat ja durchaus einen Anstieg der Kriminalitätsbelastung im Langzeitvergleich bis Anfang der 1990er Jahre gegeben – dürften von den Bürgerinnen und Bürger die Cassandra-Rufe als Bekräftigung bestehender Wahrnehmungen gewertet werden.

Erwartungsgemäß sind die Antworten auf die Fragen zur vergangenen und zukünftigen Kriminalitätsentwicklung nicht unabhängig voneinander. Wer meint, die Kriminalität sei in den letzten Jahren gestiegen, meint auch eher, sie würde weiter zunehmen (83 %). Und wer einen Rückgang zu erkennen glaubt, glaubt eher an eine Stabilität oder einen Rückgang (nur von 21 % wird hier ein Anstieg genannt). Befragte, die stabile Verhältnisse in der Vergangenheit zu erblicken meinen, schreiben ebenfalls meist diese Verhältnisse

für die Zukunft fort. Wenn sie von diesem Muster abweichen, dann eher im Sinn erwarteter Kriminalitätszunahme als Kriminalitätsabnahme (39 % vs. 7%).

Kombiniert man die Angaben auf die beiden Fragen, so zeigt sich: 38 Prozent der Befragten glauben sowohl, dass in den letzten Jahren die Kriminalität gestiegen sei als auch, dass sie in den nächsten Jahren steigen wird. Weitere 14 Prozent glauben, dass sie in den letzten Jahren stabil geblieben sei, aber steigen werde. Und weitere 7 Prozent sind der Ansicht, sie wäre gestiegen, aber würde in den nächsten Jahren eher stabil sein. Würde man die ersten beiden Optionen als Maßstab nehmen, wären es 52 Prozent der Befragten, die eine steigende Bedrohung für die Gegenwart als typisch ansehen. Würde man die letztgenannte Option einbeziehen, wären es 59 Prozent, die eine steigende Bedrohung zumindest für die unmittelbare Vergangenheit unterstellen. Die Zahl derer, die in der Vergangenheit oder in der Zukunft ein Absinken der Kriminalität erwarten, ist demnach deutlich in der Minderheit. Geradezu vernachlässigenswert ist gar der Anteil derer, die meinen, die Kriminalität wäre in der Vergangenheit gesunken und würde auch weiter sinken: deren Anteil liegt bei unter 1 Prozent aller Befragten.

Allerdings gibt es aus anderen Umfrageserien Hinweise dafür, dass der Anteil derer, die eine Zunahme der Kriminalität in der Gesellschaft unterstellen, im Lauf der letzten Jahre geringer geworden ist. So stellte das Institut für Demoskopie in den letzten Jahren einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung mehrfach die Frage „Haben Sie den Eindruck, dass die Zahl der Verbrechen in Deutschland ganz allgemein zunimmt oder würden Sie das nicht sagen?“. 1996 meinten daraufhin 80 Prozent der Befragten, die Verbrechen nähmen zu, 2002 waren es 71 Prozent und 2006 nur noch 54 Prozent (Köcher 2009: 181).¹⁹ Gemessen an diesen Antworten schlägt sich die Entwicklung in der polizeilichen Kriminalstatistik also nicht unmittelbar in einer entsprechenden Wahrnehmung nieder – selbst der Rückgang der eigenen Kriminalitätsfurcht wird üblicherweise unterschätzt (vgl. Reuband 2010) –, aber zumindest von der Tendenz her findet sich eine Parallele zu den Veränderungen in der polizeilich registrierten Kriminalitätsbelastung.

Was bedeutet: das Ausmaß an sozialer – gesellschaftsbezogener – Kriminalitätsfurcht ist in der Bundesrepublik längerfristig gesunken. Gleiches ist von der personalen, auf das eigene Erleben ausgerichtete Kriminalitätsfurcht zu konstatieren. Diese war zu Beginn der 1990er Jahre jäh auf ein hohes Ni-

veau gestiegen, ist seit Mitte der 1990er Jahre jedoch rückläufig (Dittmann 2011: 297; Reuband 1995, 2011a). Auf die Frage, ob man sich durch Verbrechen bedroht fühle, meinten so z.B. 1993 noch 60 Prozent der Befragten, sie würden sich „sehr“ oder „etwas“ bedroht fühlen. 1997 lag der Anteil bei 56 Prozent, 2002 bei 55 Prozent und 2006 bei 35 Prozent (Köcher 2009: 177). Sinkende Bedrohtheitsgefühle lassen sich weiterhin auf der Ebene spezifischer Delikte – darunter auch in Bezug auf das als besonders bedrohlich empfundene Delikt des Einbruchs – feststellen (Reuband 2006).

Hinweise für eine zunehmende Neigung der Bevölkerung, eine Kluft zwischen erwünschter und tatsächlicher Rechtspraxis wahrzunehmen, gibt es nicht. Von einer steigenden Punitivitätsneigung, die Rückwirkungen auf das Bild von Polizei und Justiz haben könnte, ist nichts zu erkennen (Reuband 2011a). Gemessen an den beschriebenen Entwicklungen – sowohl die subjektive Kriminalitätsbedrohung als auch die Punitivität betreffend – gibt es demnach keine Häufung von Problemlagen, aus denen eine aktuelle, besonders defizitäre Problemlösungskompetenz der Polizei abgeleitet werden könnte. Eher trifft das Gegenteil zu.

5. Struktur des Vertrauens in Institutionen

Die Tatsache, dass das Vertrauen in die Polizei resistenter ist gegenüber den Veränderungen und Schwankungen über die Zeit als das Vertrauen in andere Institutionen, könnte man als Ausdruck einer gewissen Eigenständigkeit werten. Aber diese Eigenständigkeit mag eher gradueller als substantieller Natur sein. In der Tat zeigen frühere Studien auf der Grundlage von Faktorenanalysen, dass das Vertrauen in die Polizei mit dem Vertrauen in staatliche Institutionen auf einem einzigen Faktor lädt und nicht – wie es analytisch durchaus naheliegend wäre – zusammen mit den Gerichten auf einem weiteren, davon getrennten Faktor (vgl. Groll/Lander 2000; Rosar 1998).

Um die aktuelle Struktur des Institutionenvertrauens zu ermitteln, führen wir für die jüngste Erhebung eine Faktorenanalyse durch. Das Ergebnis ist in Tabelle 3 wiedergegeben. Ihr zufolge gibt es – anders als früher – sehr wohl eine Differenzierung der Institutionen auf der Ebene des zugewiesenen Vertrauens. Danach laden die Bundesregierung, Bundestag und Parteien auf dem ersten Faktor, Polizei und Gerichte auf einem zweiten Faktor und Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften auf einem dritten Faktor.

Tabelle 3: *Struktur des Vertrauens in Institutionen (Faktorenanalyse)*

	I	II	III
Bundesregierung	<u>.88</u>	.10	.07
Bundestag	<u>.84</u>	.23	.03
Parteien	<u>.76</u>	.04	.27
Arbeitgeberverbände	.34	.06	<u>.77</u>
Gewerkschaften	-.02	.21	<u>.86</u>
Polizei	.09	<u>.83</u>	.21
Gerichte/ Justiz	.18	<u>.85</u>	.06
Varianz %	42	18	14

Erhebung von 2011, Eigenwertkriterium, Varimax-Rotation

Kennzeichnend für den ersten Faktor ist es, dass es sich um Institutionen aus dem Bereich der Politik handelt. Die Parteien sind zwar keine staatlichen Institutionen, sind aber mit diesen unmittelbar via Bundestag und Bundesregierung verbunden. Alle drei Institutionen sind involviert in das politische Tagesgeschehen und zeichnen sich durch eine Mischung partikularer und universaler Interessen aus. Der zweite Faktor umfasst Institutionen, die universalistischen, gemeinwohlorientierten Prinzipien folgen. Sie repräsentieren zudem Institutionen, die der Sicherheit vor Kriminalität und Willkür dienen und damit einem gewichtigen Bedürfnis der Bürger entgegenkommen. Der dritte Faktor vereint paradoxerweise die Gewerkschaften wie auch die Arbeitgeberverbände – Institutionen mit divergierenden Interessen und potentiellen Konflikten. Was sie eint ist, dass sie Tarifpartner in der Arbeitswelt sind, und dies ist vermutlich hier auch das bestimmende Element.

Die Differenzierung auf der Institutionenebene, so plausibel sie auf den ersten Blick erscheinen mag, gab es nicht immer. Frühere Analysen auf der Basis von IPOS-Umfragen in der Zeit zwischen 1984 und 1995 erbrachten – wie erwähnt – in den Faktorenanalysen jeweils eindimensionale Lösungen. Danach luden Polizei, Gerichte, Bundesverfassungsgericht, Bundestag und Bundesregierung auf einem einzigen Faktor (Groll/Lander 2000; Rosar 1988). In ähnliche Richtungen gehen die Befunde früherer Analysen des ALLBUS und anderer Erhebungen (vgl. Fuchs/Gabriel/Völkl 2002; Gräf/Jagodzinski 1998; Rosar 1998).²⁰ Allerdings lässt sich eigenen Analysen zufolge ebenfalls zeigen, dass in der letzten Erhebung der ALLBUS-Serie zu die-

ser Thematik – sie stammt von 2008 – Polizei und Gerichte in der Faktorenanalyse bereits auf einem eigenständigen Faktor laden. Auffällig ist zu dieser Zeit weiterhin, dass sowohl Bundestag als auch Bundesregierung nennenswerte Nebenladungen auf diesem zweiten Faktor aufweisen.²¹ Dies deutet darauf hin, dass die Separierung von Polizei und Gerichten einerseits und staatlichen Institutionen andererseits auf der Bewertungsebene im Jahr 2008 noch nicht endgültig vollzogen ist. Dies scheint sich erst in den Folgejahren ereignet zu haben, wie es die Erhebung von 2011 nahelegt.

Die zunehmende Separierung, die in der Faktorenanalyse sichtbar wird, lässt sich der Tendenz nach naturgemäß ebenfalls auf der Ebene der Korrelationen zeigen. Danach korreliert 1982 das Vertrauen in die Polizei mit dem Vertrauen in die Bundesregierung $r=.48$, 1994 $r=.37$ und 2000 $r=.32$. In den folgenden Jahren steigt der Zusammenhang zwar vorübergehend wieder leicht an (2002 $r=.37$, 2008 $r=.41$); der Ausgangswert der Zeitreihe wird jedoch nicht wieder erreicht. Das Jahr 2011 schließlich weist den niedrigsten Zusammenhang auf: mit $r=.28$. Längerfristig sinkende Korrelationen lassen sich ferner für den Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Polizei und den Bundestag dokumentieren, analoges gilt für den Zusammenhang zwischen Vertrauen in staatliche Institutionen und Vertrauen in die Justiz.

Die Gründe für die zunehmende Ausdifferenzierung im Zeitverlauf sind unklar. Analytisch gesehen macht die Ausdifferenzierung Sinn, aber warum wurde von den Befragten nicht früher schon eine entsprechende Ausdifferenzierung auf der Bewertungsebene betrieben? Womöglich hat die Bevölkerung erst im Lauf der Jahre gelernt, dass die Institutionen im Bereich von Recht und Ordnung mit ihren spezifischen Funktionen als eigenständige Institutionen wahrzunehmen sind: als Institutionen, die nicht dem Diktat des politischen Systems unterworfen sind, sondern auch gegen diese agieren können. Die Tatsache, dass auch die Politik in das Blickfeld von Polizei und Justiz geraten kann, hat womöglich mit dazu beigetragen.²² Zunehmende Internalisierung demokratischer Normen mögen ebenfalls Einfluss genommen haben.

6. Soziale und kulturelle Einflüsse auf das Vertrauen

Studien früherer Jahre haben erbracht, dass Jüngere und besser Gebildete in der Regel gegenüber der Polizei (ebenso wie anderen staatlichen Institutionen) eine überproportional große Skepsis entgegenbringen. Das Vertrauen ist

bei ihnen geringer ausgeprägt als bei anderen Alters- und Bildungsgruppen (vgl. Döring 1990: 82; Gräf/Jagodizinski 1998: 297; Schupp/Wagner 2004; Terwey/Pollock 1997: 348). Des Weiteren gibt es Hinweise dafür, dass Männern der Polizei distanzierter gegenüberstehen als Frauen (Schupp/Wagner 2004). Erklärt werden die Zusammenhänge z.T. mit Akkumulation von Erfahrungen (wie im Fall des Alters) oder mit einer generell ausdifferenzierten kognitiven Kompetenz und Kritikfähigkeit bzw. stärker ausgeprägtem Postmaterialismus (wie im Fall der Bildung). Dass sich darin ebenfalls Kohorten- oder Periodeneffekte widerspiegeln und zeitspezifische Ereignisse abbilden könnten, wird nur in wenigen Studien diskutiert (z.B. Dalton 2005), in den meisten Arbeiten allenfalls am Rande erwähnt.

Um zu klären, wie sehr die beschriebenen Zusammenhänge früherer Studien heute noch zutreffen, berechnen wir – aufgliedert nach Jahr der Erhebung – zunächst die Korrelation zwischen Vertrauen in die Polizei und den Merkmalen Geschlecht, Alter und Bildung. Die Ergebnisse, sind zusammengestellt in Tabelle 4.

Tabelle 4: Korrelation zwischen sozialen Merkmalen und Vertrauen in die Polizei

	1984	1994	2000	2002	2008	2011
Geschlecht	.07***	.07***	.03	.01	.02	.09*
Alter	.25***	.16***	.12***	.09***	.07**	-.16***
Bildung	-.26***	-.11***	-.10***	-.06**	.00	.02

Pearson r; * $p < 0,05$ ** $p < 0,01$ *** $p < 0,00$; Codierung: Geschlecht 1=Mann, 2=Frau; Alter in Jahren, Bildung: Haupt-/Volksschule=1, mittlerer Reife=2, Fachhochschulreife=3, Abitur, Hochschule=4.

Wie man der Tabelle entnehmen kann, gab es zumindest in einigen Jahren einen Geschlechtereffekt: Frauen bringen danach der Polizei ein höheres Vertrauen als Männern entgegen. In anderen Jahren ist der Effekt zu gering, um statistische Signifikanz zu erreichen. Alles in allem kann man den Effekt somit lediglich als schwach bis marginal bezeichnen. Weitaus bemerkenswerter und paradoxer ist, was sich im Bereich der Merkmale Alter und Bildung vollzogen hat: sowohl der Effekt des Alters als auch der Bildung schwindet sukzessiv im Zeitverlauf und erreicht am Ende der Zeitreihe sogar ein umgekehrtes Vorzeichen als zu Beginn der Serie.

Lag die Korrelation zwischen Vertrauen in die Polizei und Bildung 1984 bei $r = -.26$, belief sie sich 1994 nur noch auf $r = -.11$, 2002 auf $r = -.06$, 2008 auf $r = .00$ und 2011 auf $r = .02$. Was bedeutet: zu Beginn der Zeitreihe brachten die besser Gebildeten weniger Vertrauen der Polizei entgegen als die schlechter Gebildeten, in der neusten Zeit aber ist dies nicht mehr der Fall. Der Zusammenhang zwischen Bildung und Vertrauen hat sich aufgelöst. Noch bemerkenswerter ist der Trend beim Alter: galt 1984, dass das Vertrauen in die Polizei mit steigendem Alter wächst ($r = .25$), gilt inzwischen das Gegenteil: mit steigendem Alter nimmt das Vertrauen ab ($r = -.16$). Die Beziehung hat sich komplett gedreht.

Nun korrelieren Alter und Bildung miteinander, und so fragt sich, wie sehr sich in den Ergebnissen eigenständige oder konfundierende Effekte von Variablen niederschlagen. So könnte es z.B. sein, dass sich aufgrund des Zusammenhangs zwischen Alter und Bildung der Alterseffekt allein deswegen geändert hat, weil ein Wandel in den Bildungsgruppen stattgefunden und nicht weil es einen genuinen Alterswandel gab. Man kann dies mittels der Regressionsanalyse prüfen, bei der die eigenständigen Effekte der Variablen unter Kontrolle der anderen Variablen bestimmt werden. Die Ergebnisse sind dargestellt in Tabelle 5.

Tabelle 5: Regression: Einfluss sozialer Merkmale auf das Vertrauen in die Polizei.

	1984	1994	2000	2002	2008	2011
Geschlecht	.04*	.06**	-.01	.00	.02	.09
Alter	.19***	.14***	.10***	.08**	.08***	-.17***
Bildung	-.20***	-.08***	-.07**	-.04	.02	-.03
R ²	.10	.04	.02	.01	.01	.03

Standardisierter Regressionskoeffizienten der OLS- Regressionsanalyse; paarweiser Ausschluss von Werten; * $p < 0,05$ ** $p < 0,01$ *** $p < 0,001$;
Codierung der Variablen wie in Tabelle 4

Die Befunde bestätigen im Wesentlichen den beschriebenen Trend, und sie belegen, dass es sowohl einen eigenständigen Alters- als auch einen eigenständigen Bildungseffekt gibt. Gemessen am standardisierten Regressionskoeffizienten nimmt der Alterseffekt von Jahr zu Jahr ab bis er Ende der Be-

obachtungsperiode – wie zuvor beschrieben – in einen Effekt mit umgekehrter Beziehung endet. Im Fall der Bildung lässt sich ebenfalls eine Abnahme des Effektes feststellen. Am Ende des Beobachtungszeitraums steht eine Auflösung des bisherigen Effekts, statistisch signifikante Zusammenhänge werden nicht mehr erreicht.

Dass der Effekt beim Alter und der Bildung am Ende der Beobachtungsperiode – im Jahr 2011 – so markant anders ausfällt als noch wenige Jahre zuvor, mag etwas mit kurzfristigen Periodeneffekten, womöglich auch mit methodischen Effekten zu tun haben.²³ Es ist daher denkbar, dass er unter etwas anderen Bedingungen weniger dramatisch von den Effekten der früheren Jahre abweichen würde. Andererseits aber kann kein Zweifel daran bestehen, dass der Befund im Trend liegt: die Abschwächung der Beziehungen vollzieht sich kontinuierlich seit Beginn der Beobachtungsperiode, so dass eine Umkehrung der Beziehung in neuerer Zeit mit dieser Entwicklung durchaus kompatibel ist.

7. Sozialstruktur, Wertewandel und Institutionenvertrauen

Was aber sind die Gründe für den beschriebenen Wandel? Hat sich das Image der Polizei durch das Handeln der Polizei unter den jüngeren Kohorten geändert? Ausgeschlossen ist dies nicht. Seit den 1980er Jahren hat der Anteil der Bürger, die sich an Demonstrationen beteiligt haben, abgenommen (Greifenhagen/Greifenhagen 1993: 413). Desgleichen hat sich die Zahl der Demonstrationen, in denen es um Atomkraft, Nachrüstung oder Demokratie ging und es z.T. heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei gab, verringert.²⁴ Zur Entkrampfung mag ferner die zunehmende Ausbreitung von De-eskalationsstrategien seitens der Polizei beigetragen haben. Dies könnte dem Ansehen der Polizei besonders bei den Jüngeren, die überproportional häufig an Demonstrationen teilnehmen, zugutegekommen sein.²⁵

Sicher ist aber auch: der Trend, der sich in der Beurteilung der Polizei abzeichnet, ist nicht für diese Institution allein typisch. Verändert hat sich der Stellenwert sozialer Merkmale ebenfalls bei anderen Institutionen. Zum Teil kippt hier das Vorzeichen zeitlich sogar schon weitaus früher als dies bei der Polizei der Fall ist. So korreliert das Merkmal Alter und Vertrauen in die Bundesregierung 1984 $r=.20$, sinkt dann auf $r=.01$ im Jahr 2000 ab und erreicht 2008 bereits einen Wert mit umgekehrten Vorzeichen von $r=-.05$. Im

Jahr 2011 hat sich dieser negative Zusammenhang sogar noch weiter verstärkt ($r = -.12$). Analoge Veränderungen kennzeichnen den Zusammenhang mit der Bildung: die negative Korrelation geht im Verlauf der Zeit in eine positive über: bereits im Jahr 2002 wird ein positiver Wert von $r = .08$ erreicht, 2008 und 2011 liegt er bei $r = .09$. Und was besonders bedeutsam ist (und gegen methodische Besonderheiten der 2011er Erhebung spricht): die neusten Ergebnisse liegen auf dem vergleichbaren Niveau der Vorjahre.

Damit sprechen die Befunde, alles in allem gesehen, für einen grundlegenden Wandel in dem Verhältnis der Bürger zu den Institutionen. Das größere Misstrauen der Jüngeren und besser Gebildeten ist der Tendenz nach einem größeren Misstrauen der Älteren und schlechter Gebildeten gewichen. Inwieweit sich darin die für die letzten Jahre beobachtete Umkehr des Wertwandels niederschlägt – sie betrifft überproportional die Jüngeren und beinhaltet eine überproportionale Rückkehr zum Konventionalismus und konformen Werten –, sei dahingestellt und bedarf weiterer Prüfung. Im Rahmen unserer Analyse steht zur Messung von Wertorientierungen der ALLBUS-Studien lediglich der Postmaterialismusindex von Inglehart für längerfristige Vergleiche zur Verfügung. Er bildet einen gewichtigen Teilaspekt von Wertorientierungen ab, ist mit Wertorientierungen als Ganzes jedoch nicht identisch. Für Ronald Inglehart kommt dem Postmaterialismus gerade in Bezug auf Institutionen, die (wie die Polizei) Autoritäten repräsentieren, eine zentrale Bedeutung zu: Postmaterialismus begünstigt ihm zufolge die Kritik an Autoritäten und reduziert das Vertrauen in sie (Inglehart 1999).

8. Postmaterialismus und Institutionenvertrauen

Wie sehr wird der Postmaterialismus durch die sozialen Merkmale der Befragten mitbestimmt? Und wie sehr wirkt sich der Postmaterialismus auf das Vertrauen in die Polizei und andere Institutionen aus? Setzt man den Inglehartschen Postmaterialismusindex mit den Merkmalen Geschlecht, Alter und Bildung in Beziehung, lässt sich im Rahmen der OLS-Regressionsanalyse für die Zeit 1980 bis 2008 ein minimaler, oft nicht statistisch signifikanter Effekt des Geschlechts und ein weitgehender konstanter Effekt der Bildung auf den Postmaterialismus nachweisen (Tabelle hier nicht aufgeführt). Dabei gilt in allen Jahren: je höher die Bildung, desto postmaterialistischer die Wertorientierung. Im Fall des Alters jedoch zeichnet sich ein höchst bemerkenswerter

Wandel ab. So übte das Alter in den 1980er Jahren noch einen bedeutsamen Effekt auf den Postmaterialismusindex aus. Der standardisierte Regressionskoeffizient liegt bei Werten zwischen $-.27$ und $-.30$ ($p < 0,001$). In der Folgezeit jedoch schwächt sich dieser Effekt deutlich ab. Im Jahr 2002 findet sich nur noch ein Wert von $-.10$ ($p < 0,001$), im Jahr 2008 ist er gar auf $-.04$ abgesunken. Statistische Signifikanz wird nun nicht mehr erreicht.

Der Rückgang des Alterszusammenhangs setzte zu Beginn der 1990er Jahre ein und hat sich seitdem kontinuierlich fortentwickelt. Vertiefende Analyse zeigen, dass der Rückgang des Zusammenhangs im Wesentlichen Folge eines gesunkenen Anteils von Postmaterialisten unter den Jüngeren ist. Diejenigen, die sich am stärksten zu postmaterialistischen Werten bekennen, sind inzwischen die Befragten in den mittleren Altersgruppen. Diese dürfte im wesentlichen Resultat eines Kohorteneffekts sein. Die jüngsten Kohorten erweisen sich als am stärksten vom Wandel geprägt, neue Trends setzen bei ihnen auch am ehesten ein.²⁶

Tabelle 6: Regression: Einfluss sozialer Merkmale und des Postmaterialismusindex auf das Vertrauen in die Polizei

	1984	1994	2000	2002	2008
Geschlecht	.03	.06	-.01	.00	.01
Alter	.14***	.11***	.09**	.07**	.07**
Bildung	-.14***	-.04*	-.04	-.02	.04
Postmaterialismus	-.20**	-.14***	-.15***	-.06*	-.06**
R ²	.13	.05	.04	.01	.01

Standardisierte Regressionskoeffizienten der OLS-Regressionsanalyse; paarweiser Ausschluss von Werten; * $p < 0,05$ ** $p < 0,01$ *** $p < 0,001$

Codierung: soziale Merkmale wie Tabelle 4; Postmaterialismusindex: 1 = materialistisch, 2 = überwiegend materialistisch, 3 = überwiegend postmaterialistisch, 4 = postmaterialistisch.

Gibt man in einem weiteren Schritt neben den sozialen Merkmalen den Postmaterialismusindex ergänzend in die OLS-Regression zur Erklärung des Vertrauens in die Polizei ein (Tabelle 6), so wird deutlich: postmaterialistische Wertorientierungen wirken sich in nennenswertem Maße auf das Vertrauen in die Polizei nur in den frühen Jahren aus. Wobei – in Übereinstimmung mit

den Inglehartschen Erwartungen – gilt: je postmaterialistischer die Befragten sind, desto kritischer sind die Befragten gegenüber der Polizei. So liegt der standardisierte Regressionskoeffizient bei der Erklärung des Vertrauens in die Polizei 1984 bei $-.20$, 1994 bei $-.14$, 2000 bei $-.15$, 2002 und 2008 indes nur noch bei $-.06$. Mithin scheint sich – wie zuvor beschrieben – nicht nur partiell der Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Postmaterialismus aufgelöst zu haben, sondern auch weitgehend der Einfluss des Postmaterialismus auf die Bewertung der Polizei. Da sich ähnliche Auflösungerscheinungen in der Bewertung staatlicher Institutionen, wie z. B. der Bundesregierung, vollzogen haben,²⁷ handelt es sich offenbar um ein generelles Muster des Wandels, das nicht nur das Vertrauen in die Polizei betrifft.

Warum aber schwindet der Effekt des Postmaterialismus auf das Vertrauen in staatliche Institutionen? Könnte es sein, dass heutzutage der Inglehart-sche Index zur Messung des Postmaterialismus nicht mehr so gut zu gebrauchen ist wie früher, weil die in ihm enthaltenen Dimensionen z. T. obsolet geworden sind? Noch in den 1990er Jahren mag es angebracht gewesen sein, die materialistischen Wertorientierungen über das Bedürfnis nach stabilen Preisen zu operationalisieren, in den späteren Jahren mit niedriger Inflationsrate und gestiegener Arbeitslosenquote jedoch nicht mehr. Stattdessen dürfte die Frage der Arbeitslosigkeit einen herausgehobenen Platz im Bedürfnisgefüge eingenommen haben.

Um die Bedeutung gewandelter Problemlagen bei der Messung von postmaterialistischen Wertorientierungen nachzugehen, haben wir in der Erhebung von 2011 in einer Splitversion des Fragebogens neben der Originalversion zwei weitere von uns entwickelte Operationalisierungen des Postmaterialismus eingesetzt. In dem einen Fall wurde statt „Kampf gegen steigende Preise“ der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ in den Index aufgenommen, das andere Mal sowohl der „Kampf gegen steigende Preise“ als auch der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ (dafür wurde im letztgenannten Fall auf die Vorgabe des Items „Ruhe und Ordnung“ verzichtet). Die neuen Konstruktionen reduzieren den Anteil der Postmaterialisten und heben den Anteil der Materialisten an. Gleichwohl kann man von keinen grundlegenden Änderungen der Verhältnisse in den Zusammenhängen sprechen. Der Effekt des Postmaterialismus-Index nimmt nicht zu.²⁸

Welchen Stellenwert hat nun der Postmaterialismus für die Effekte sozialer Merkmale auf das Institutionenvertrauen in den Jahren, in denen ein Ef-

fekt des Postmaterialismus überhaupt bestand? Wenn der Einfluss sozialer Merkmale auf das Institutionenvertrauen durch den Postmaterialismus mitbestimmt sein sollte, dann müssten durch die Einbeziehung des Postmaterialismus in die Analyse die Effekte sozialer Merkmale reduziert werden. In der Tat sinken der Alters- und ebenfalls der Bildungseffekt ab, sobald der Postmaterialismus als zusätzliche Variable in der Analyse berücksichtigt wird. So geht 1984 der Alterseffekt auf das Vertrauen in die Polizei von .19 auf .14 zurück und der Bildungseffekt von -.20 auf -.14. Desgleichen reduzieren sich die entsprechenden Effekte in den Folgejahren, sobald der Postmaterialismus mit einbezogen wird (vgl. Tabelle 5 und 6).

Bedeutsam an dieser Stelle ist jedoch: die Richtung des Effekts bleibt, wenn auch numerisch auf niedrigerem Niveau, bestehen. Der Postmaterialismus allein kann daher nicht den beschriebenen Wechsel in den Effekten von Alter und Bildung auf das Vertrauen in die Polizei erklären. Ebenso wenig, so zeigen weitere Analysen, vermag er die Beziehungen zwischen den sozialen Merkmalen und dem Vertrauen in Bundesregierung, Bundestag oder die Justiz zu erklären.²⁹ Dies muss gleichwohl nicht ausschließen, dass andere Faktoren des Wertewandels, die durch den Postmaterialismus-Index nicht erfasst sind, mit zu den veränderten Beziehungen beigetragen haben.

9. Schlussbemerkungen

Die Polizei genießt unter den staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen in der Bevölkerung einen außerordentlich hohen Vertrauenswert. Dieser hat sich im Lauf der Zeit als bemerkenswert stabil erwiesen, stabiler als dies bei anderen Institutionen der Fall ist. Von einem sinkenden Vertrauen in die Polizei oder in andere staatliche Institutionen ist in den letzten Jahren – anders als in der Literatur oft angenommen – nichts zu erkennen. Im Gegenteil: es scheint partiell sogar in letzter Zeit einen Vertrauenszuwachs gegeben zu haben. Wenn es zu einem Rückgang des Vertrauens bei Institutionen kam, dann im Verlauf der 1980er und frühen 1990er Jahre.

Bemerkenswert ist, das die Vertrauensbewertung der Polizei lange Zeit auf das engste mit der Beurteilung anderer staatlichen Institutionen verbunden war und sich dieser Zusammenhang erst in den letzten Jahren verringert hat. Es scheint, als hätte die Polizei – und ebenfalls die Justiz – in der Wahrnehmung und Bewertung der Bürger ein größeres Eigengewicht erfahren.

Inwieweit dies auf das Handeln dieser Institutionen zurückgeht oder auf eine veränderte Wahrnehmung staatlichen Handelns, ist eine ungeklärte Frage.

Die Existenz eines engen Zusammenhangs zwischen Polizei und staatlichen Institutionen, wie er einstmals existierte, dürfte maßgeblich mit dazu beigetragen haben, was lange Zeit galt: dass Änderungen im Vertrauen in die Polizei zeitverzögert den Änderungen im Vertrauen in staatliche Institutionen folgten. Dieser Befund legt einen Effekt der Wahrnehmung politischer Institutionen auf die Beurteilung der Polizei nahe. Angesichts dessen ist das Vertrauen in die Polizei nicht allein durch polizeiliches Handeln und dessen Wahrnehmung erklärbar, sondern nur unter zusätzlicher Einbeziehung des gesellschaftspolitischen Kontextes.

Der wohl spektakulärste Befund unserer Analyse liegt darin, dass sich die sozialstrukturellen Determinanten des Vertrauens in die Polizei im Lauf der Zeit verändert haben. Dass Jüngere und besser Gebildete der Polizei eher reserviert gegenüberstanden und ihr weniger Vertrauen entgegenbrachten als die älteren und schlechter Gebildeten, gilt inzwischen nicht mehr. Zum Teil zeichnen sich sogar gegenteilige Effekte ab. Womöglich gilt dies auch für andere Länder.³⁰ Vermutlich spiegelt sich in der Umkehr der Beziehung eine allgemein veränderte Haltung gegenüber Institutionen wieder, partiell durch den Wandel in den Werten und Lebensbedingungen mit verursacht. Der Wandel hin zum Postmaterialismus, der lange Zeit insbesondere die Jüngeren kennzeichnete, ist umgekippt und verläuft inzwischen zu Lasten autonomer Werte und zu Gunsten konformistischer Werte.

Unter den Bedingungen dieses Wandels, so ist zu vermuten, gewinnen die staatlichen Institutionen in den vom Wandel besonders betroffenen Subgruppen wieder mehr an Vertrauen und werden nicht bloß als Einrichtungen wahrgenommen, die den Freiraum von Individuen einengen. Gleichzeitig scheint sich unserer Analyse zufolge der Zusammenhang zwischen postmaterialistischen Wertorientierungen und der Bewertung der Polizei einerseits und staatlicher Institutionen andererseits aufzulösen. Dies könnte bedeuten, dass die Bewertung immer weniger den eigenen spezifischen Wertorientierungen unterliegt, sondern immer mehr der selbst erfahrenen oder medial wahrgenommenen Performanz der Institutionen. Ob der Trend anhalten wird oder nicht, kann nicht prognostiziert werden, sondern wird sich erst im Rahmen weiterer Studien zeigen.

Anmerkungen

- 1 1991 und 1996 wurden im „Eurobarometer“ ebenfalls Fragen dazu gestellt, allerdings in anderer Form als ab 1997 und den Folgejahren (EB36 und EB45.1).
- 2 Im ALLBUS 2008 wurde das Vertrauen in die Justiz das eine Mal mit einer lediglich in den Endpunkten benannten 7er Skala erfasst (1=gar kein Vertrauen, 7=großes Vertrauen), das andere Mal im Rahmen des ISSP-Zusatzfragebogens in Form einer verbal benannten 5er-Skala („volles Vertrauen, viel Vertrauen, etwas Vertrauen, sehr wenig Vertrauen, gar kein Vertrauen“). Fasst man die Werte 5-7 auf der 7er Skala als „Vertrauen“ und vergleicht deren Anteil mit dem Anteil für „volles Vertrauen“ und „viel Vertrauen“ auf der 5er-Skala, kommt man auf einen identischen Anteil von 49 Prozent. Im Fall des Vertrauens in den Bundestag jedoch differieren die entsprechenden Vertrauensangaben: sie erreichen einen Wert von 28 Prozent auf der 7er-Skala und von 20 Prozent auf der 5er-Skala. Bemerkenswert ist, dass die beiden unterschiedlichen Formen der Operationalisierung nicht besonders stark korrelieren: im Fall des Vertrauens in die Justiz (bzw. „Gerichte und Rechtssystem“) mit $r=.55$ und im Fall des Bundestages $r=.57$.
- 3 Siehe *Internetquelle*: [<http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eurlife/index.php?template=3&radioindic=125&idDomain=10>] sowie aus der Datenbank für die neuere Zeit: [http://ec.europa.eu/public_opinion/cf/index.cfm?lang=en].
- 4 Der ALLBUS Datensatz wurde durch GESIS zur Verfügung gestellt (in der kumulierten Version als DVD Release 2011.07).
- 5 Die Telefonnummern wurden freundlicherweise von GESIS generiert und zur Verfügung gestellt. Die Telefonbefragung fand statt in der Zeit Mai bis Juli 2011.
- 6 Wo es zu einem Kontakt zur Ziel- oder Kontaktperson kam und eine Befragung in der Situation prinzipiell möglich gewesen wäre (Personen, mit denen ein anderer Termin vereinbart wurde, hier nicht mitgerechnet), nahmen rund 27 Prozent an der Erhebung teil. Die anderen verweigerten (meist mit der Begründung, keine Zeit oder kein Interesse zu haben). Unsere Erhebung ist in ihrer Teilnahmequote nicht einzigartig: vergleichbare Quoten, bezogen auf die kontaktierten Personen, lassen sich sowohl einer neueren bundesweiten Umfrage des Instituts für Soziologie der TU Dresden entnehmen als auch einer Vergleichsuntersuchung zum gleichen Thema, die von Forsa durchgeführt wurde und sich auf einen professionellen, erfahrenen Interviewerstab stützt (vgl. Schneiderat/Schlinzig 2012, eigene Berechnungen). In einer bundesweiten Telefonbefragung, die wir (in Kooperation mit Kollegen an den Universitäten Köln und Duisburg) unter vergleichbaren Bedingungen wie 2011 nahezu 10 Jahre zuvor – im Jahr 2002 – durchführten, lag die Teilnahmequote bei Vorhandensein eines Kontakts zur Ziel- oder Kontaktperson noch bei 32 Prozent (Meulemann/Beckers 2003: 3; eigene Berechnungen). Erhebungen aus der Zeit der 1990er Jahre (die sich allerdings auf den gleichen Ort stützen, in den auch das durchführende Universitätsinstitut angesiedelt war) weisen sogar eine noch höhere Teilnahmebereitschaft auf: sowohl bei „Kaltkontakten“, wie im Fall der vorliegenden Erhebung, als auch bei „Warmkontakten“, bei denen die Zielpersonen zuvor angeschrieben und das Interview angekündigt worden waren. Vgl. Blasius/Reuband 1995, Hüfken/Schäfer 2003, Hüfken 2000; Otte 2004.
- 7 Besonders bei niedrigen Ausschöpfungsquoten muss verstärkt geprüft werden, ob es Hinweise auf Verzerrungen in den Antwortmustern gibt. Drei Strategien des Vergleichs bieten sich an: (1) mit Befunden innerhalb der Serie, die zu einem benachbarten Zeitpunkt erhoben wurden (2) mit Trends in den Antwortmustern (3) Falls größere Lücken in der Zeitreihe be-

stehen: mit anderen Zeitreihen, die Informationen über die zwischenzeitlichen Entwicklungen bieten (in unserem Fall z.B. Institut für Demoskopie 2011a). Gemessen an den drei Kriterien erscheinen die Werte der Erhebung von 2011 höchst plausibel. Es ist unwahrscheinlich, dass Personen mit hohem Institutionenvertrauen mehr als früher überproportional rekrutiert wurden.

- 8 Die Frageformulierung lautete: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Institutionen. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen. 1 bedeutet, dass Sie ihr überhaupt kein Vertrauen entgegenbringen, 7 bedeutet, dass Sie ihr sehr großes Vertrauen entgegenbringen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen. Wie ist das mit ...“? In der Erhebung von 2011 hieß es (aufgrund eines Fehlers bei der Programmierung) statt „sehr großes“ „sehr viel“ Vertrauen. Die beiden Varianten sind jedoch als funktional äquivalent anzusehen. Auswirkungen auf das Antwortverhalten dürften daraus nicht erwachsen. Dies gilt umso mehr, als im Fragebogen bei dem Skalenwert 7 stets der Begriff „sehr groß“ aufgeführt war. Bei Nachfragen zu den Antwortkategorien wurde dementsprechend dieser Begriff vorgelesen.
- 9 Vgl. Eurobarometer 2005; GfK 2009, Readers Digest 2011. Die Höhe des Wertes variiert dabei allenfalls leicht je nachdem, ob die Antwortoptionen lediglich dichotom gestaltet sind (Eurobarometer 2005), eine Vierer Skala umfassen (z.B. GfK 2011) oder noch weitere ausdifferenziert sind. Online-Umfragen, die sich lediglich auf Online-Nutzer beziehen (und oftmals niedrigere Werte ermitteln), fallen naturgemäß aus dem Vergleich heraus. Sie lassen Aussagen über die Gesamtbevölkerung nicht zu.
- 10 In unserer 2011 Erhebung wurde in einem Split mal der Begriff „Gerichte“, mal der Begriff „Justiz“ verwendet. Statistisch signifikante Unterschiede ließen sich in den Antwortverteilungen nicht feststellen, weswegen wir die beiden Operationalisierungen zusammenfassen und im Folgenden synonym von Gerichten oder der Justiz sprechen.
- 11 Einen ähnlichen Anstieg im Vertrauen zur Justiz belegen Umfragen des Instituts für Demoskopie. Gleiche Entwicklungen gelten für die Gewerkschaften (Institut für Demoskopie 2011a, 2012). Die Zahl derer, die eine gute Meinung von den Gewerkschaften haben, hat sich in der Zeit zwischen 2000 und 2012 kontinuierlich erhöht: von 23 % auf 41 % (Institut für Demoskopie 2012). Einen Anstieg des Vertrauens in die Gewerkschaften dokumentieren – bezogen auf die Zeit zwischen 2007 und 2009 – ebenfalls infratest-Umfragen (infratest 2009). Die Tatsache, dass in den letzten Jahren, nach einer Periode sinkender Mitgliedschaft, bei den Gewerkschaften wieder Zuwächse in der Zahl neuer Mitglieder zu verzeichnen sind (Süddeutsche Zeitung 30.1.2012), ist möglicherweise ein Zeichen dafür, dass sich die veränderten Sympathiewerte ebenfalls auf der Verhaltensebene – in Form der Organisationsmitgliedschaft – niederschlagen.
- 12 Das Ansehen von Politikern, ermittelt anhand einer Liste von Berufen, von denen fünf auszusuchen wären („...vor denen Sie am meisten Achtung haben“), ist demgegenüber seit den 1970er Jahren kontinuierlich gesunken (Institut für Demoskopie 2011b). Man darf diese Veränderung jedoch nicht absolut, sondern muss sie auch relational sehen: gewinnen andere Berufe an Ansehen, müssen die Politiker aufgrund der Beschränkung auf fünf Wahlmöglichkeiten zwangsweise seltener genannt werden. Es gibt allerdings auch noch andere Befunde, die sich auf andere Frageformulierungen stützen und nicht den genannten Einschränkungen unterliegen. Diese belegen längerfristig einen Ansehensverlust von Politikern. Er ist freilich in den letzten Jahren weniger stark gewesen als in den Jahren zuvor (vgl. zu diesen Trends: Petersen 2011b).

- 13 Zu fragen wäre auch, ob das generalisierte Vertrauen überhaupt Auswirkungen auf das Vertrauen in Institutionen hat. Die bisherige Forschung deutet auf schwache bis keine Zusammenhänge auf der individuellen Ebene hin, jedoch auf starke Zusammenhänge auf der Aggregatebene – so etwa im Ländervergleich (vgl. z.B. Newton/Norris 2000: 63 ff., 71). In unserer Untersuchung korreliert das generalisierte Vertrauen nicht mit dem Vertrauen in die Polizei oder die Justiz, wohl aber mit dem Vertrauen in die Bundesregierung, den Bundestag und die Parteien: in den OLS-Regressionsanalysen unter Kontrolle der Merkmale Geschlecht, Alter und Bildung liegen die standardisierten Regressionskoeffizienten – in statistisch signifikanter Weise – zwischen $\beta = .10$ und $.15$. Bei Zusammenfassung mit einem weiteren Item („Die meisten Menschen denken nur an sich und nicht an andere“), steigen die Werte, im Fall des Vertrauens in den Bundestag gar auf $\beta = .18$ ($p < 0,001$). Manche Autoren meinen, der Kausaleffekt wäre anders als von Putnam spezifiziert und würde umgekehrt verlaufen: vom Institutionenvertrauen hin zum generalisierten Vertrauen (z.B. Freitag/Bühlemann 2005). Mangels Analyse zeitlicher Veränderungen und mangels entsprechender Panelstudien fehlen indes empirische Belege.
- 14 Leider gibt es für Deutschland keine längerfristig angelegten Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung, die im Bereich der Politik Aussagen zur „Medienmalaise“ erlauben würden. Unklar sind ebenfalls die Auswirkungen der Berichterstattung auf die Rezipienten. So hat die Forschung auf der individuellen Ebene nur schwache bis keine Zusammenhänge zwischen Politikverdrossenheit und Mediennutzung erbracht (vgl. Blendon 1997; Gabriel 1999; Maurer 2003a; Newton 1999; Norris 2000; Wolling 2001). Darauf deuten ebenfalls unsere Befunde hin (jeweils unterstellt, dass private Fernsehsender im Kampf um die Quote stärker an Sensationalismus und Negativmeldungen orientiert sind). So prüften wir in unserer Untersuchung den Zusammenhang zwischen Vertrauen in Institutionen und – relativ grob erfasst – häufiger Nutzung der privaten Fernsehsender (unter Kontrolle der häufigen Nutzung von ARD/ZDF und der dritten Programme sowie unter Kontrolle sozialer Merkmale). Hier gab es keinen Effekt. Wie sich die Situation im Langzeitvergleich bei kumulativer Berichterstattung darstellt, ist eine andere Frage. Im Übrigen wäre im Zusammenhang mit der Frage der langfristig wirkenden Folgen der „Medienmalaise“ auch zu prüfen, in welchem Umfang das Vertrauen in die Medienberichterstattung den Effekt der Medienberichterstattung selbst beeinflusst, diesen womöglich gar aufhebt. So könnte z.B. ein in der Bevölkerung sinkendes Vertrauen in die Medien zur Folge haben, dass Steigerungen in der negativen Politik-Berichterstattung sich nicht in analoger Weise in den Einstellungen der Bevölkerung niederschlagen.
- 15 So wird in mehreren Studien die Wirtschaftsentwicklung zum Maßstab genommen, nicht aber deren Wahrnehmung durch die Bevölkerung. Oder es werden Objekt-Bezüge hergestellt, die in diesem Maße nicht gegeben sind – etwa dann, wenn die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Vertrauen in Parteien in Beziehung gesetzt wird (statt in die Regierung) (so z.B. bei McAllister 1999, Miller/Listhaug 1999).
- 16 Die Datenlage ist spärlich. So gibt es keine Fortsetzung der Zeitreihe zur Beurteilung des Verhaltens der Polizei bei Demonstrationen (vgl. EMNID für die Jahre 1967, 1976 und 1986: EMNID 1987) oder zur Beurteilung der Polizei hinsichtlich der Gleichbehandlung von Personen, die mit ihnen in Kontakt kommen (Herz 1979: 2007, ALLBUS 1980). Des Weiteren mangelt es an Informationen über Kontakte mit der Polizei und deren Bewertung. Informationen dazu gibt es lediglich sporadisch und dann meist nur auf lokaler Ebene (z.B. Polizei Bremen o.J.). Zu eine mehrdimensionalen Beurteilung der Polizei auf lokaler Ebene, erhoben im Jahr 2002 (aber später nicht repliziert), siehe Focus 2002. Zu dem Versuch, ein

differenzierteres Instrumentarium zur Messung des Vertrauens in die Polizei, dessen Legitimität und Arbeit zu entwickeln, siehe Gallagher et al. 2001; Jackson et al. 2011.

- 17 Hinweise für einen Einfluss der Kriminalitätsfurcht auf das Vertrauen in die Polizei finden sich in amerikanischen, britischen und lateinamerikanischen Untersuchungen. Danach nimmt das Vertrauen in die Polizei mit steigender Kriminalitätsfurcht ab (vgl. Ahmad/ McNamara/Batistia Pereira 2011; Beatty et al. 2005: 30 ff.). Deutsche Untersuchungen legen nahe, dass der Einfluss der Kriminalitätsfurcht in erster Linie indirekt – vermittelt über die Zufriedenheit mit der Kriminalitätsbekämpfung – verläuft (Groll/Lander 2000: 108 f., vgl. zum Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Kriminalitätsbekämpfung auch Reuband 1999: 19). Dies würde bedeuten, dass Zuschreibungsprozesse – ob die Kriminalität Folge eines Versagens der Polizei ist oder nicht – eine entscheidende Schlüsselvariable darstellen. Auch ist zu fragen, ob die Bedeutung der Kriminalitätsfurcht womöglich primär von spezifischen Ereignissen und Mobilisierungs- sowie Definitionsprozessen abhängig ist (etwa „Law and Order“ Kampagnen). Dann würde es sich um eine Beziehung handeln, die latent angelegt ist und bei der die wahrgenommene Kriminalitätsbedrohung nur zu bestimmten Zeiten und bestimmten Bedingungen ihre Wirkung auf das Vertrauen in die Polizei entfaltet. In unserer Untersuchung von 2011 ergaben sich in der multivariaten Analyse unter Kontrolle der Merkmale Geschlecht, Alter und Bildung keine statistisch signifikanten Beziehungen der Kriminalitätsfurcht zum Vertrauen in die Polizei: weder bei der Sorge, auf der Straße überfallen zu werden, noch bei der Wahrnehmung vergangener oder zukünftiger Kriminalitätsentwicklung. Im Fall der Sorge, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ergab sich sogar eine umgekehrte Beziehung: wer sich mehr sorgte, vertraute der Polizei häufiger. Fragen zur Zufriedenheit mit der Kriminalitätsbekämpfung durch die Polizei, die einen Schlüssel für die Auswirkungen der Kriminalitätsfurcht auf das Vertrauen bieten könnten, wurden leider nicht in der Erhebung gestellt.
- 18 Die übrigen Befragten gaben sonstige Antworten oder meinten, keine Angaben machen zu können („weiß nicht, keine Angabe“).
- 19 Ein direkter Vergleich mit unseren Befunden ist nicht möglich, da die Frage des Instituts für Demoskopie den Zeitbezug nicht weitere differenziert. Denkbar ist, dass manche der Befragten hier in erster Linie an die Vergangenheit denken, andere an die Zukunft oder beide Zeitdimensionen einbeziehen. Würde man in unserer Untersuchung den Anteil derer zugrundelegen, die sowohl in der Vergangenheit als auch der Zukunft einen Anstieg wahrnehmen, hieße dies, dass dieser Anteil (38%) unter dem des Jahres 2006 liegt. Nur wenn man den Anteil derer zusätzlich miteinbeziehen würde, die in der Vergangenheit Stabilität und in der Zukunft einen Anstieg der Kriminalität erwarten, liegt der jüngste Wert höher.
- 20 Wenn sich hier in den Publikationen z.T. eine Ausdifferenzierung auf mehrere Faktoren findet, dann erst wenn diese durch den Forscher aus analytischen Gründen durch Vorgabe der Faktorenzahl künstlich erzwungen wurde: so z. B. auf der Basis des *World Value Survey* für die Zeit 1995-97 bei Fuchs/Gabriel/Völkl (2002: 36), ähnlich auf der Basis einer Erhebung von 2003 bei Gabriel und Völkl für die neuen Bundesländer. Für die alten Bundesländer wurde das übliche Kriterium zur Bestimmung der Faktorenzahl – eines Eigenwertes von 1.0 – knapp erreicht (vgl. Gabriel/Völkl 2005: 180 f.). Dass es in einer 1998 durchgeführten Erhebung andererseits eine Differenzierung wie in unserer Erhebung von 2011 gibt (Gabriel 1999: 209), mag damit zusammenhängen, dass neben Fragen zum Institutionenvertrauen eine ganze Reihe anderer Fragen zum Thema Politik in die Faktorenanalyse eingingen. Dies mag die Herausbildung eines eigenständigen politischen Faktors begünstigt haben.

- 21 Auf dem zweiten Faktor der Varimax-rotierten Version liegen als Nebenladung der Bundestag mit .52 und die Bundesregierung mit .46. Auf dem ersten Faktor laden der Bundestag mit .59 und die Bundesregierung mit .66. Damit ist im Fall des Bundestages der erste Faktor nur minimal stärker mit dieser Institution verbunden. Die Parteien sind dagegen deutlicher dem ersten Faktor zugerechnet: mit .76 und lediglich mit einem Wert von .19 auf dem zweiten Faktor, auf dem Polizei und Gerichte laden.
- 22 In diesem Zusammenhang wäre eine Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung zu diesem Thema von Interesse, Ergebnisse im Zeitvergleich liegen jedoch nicht vor. Zum Verhältnis von Polizei und Politik siehe allgemein auch Winter 1997.
- 23 Der Vertrauensanteil liegt 2011 bei den 18-29jährigen bei 78 Prozent (2008: 62 %), bei den 30-44jährigen bei 73 Prozent (2008: 73 %), bei den 45-59jährigen bei 65 Prozent (2008: 67 %), bei den 60-74jährigen bei 50 Prozent (2008: 70 %) und bei den über 75jährigen bei 76 Prozent (2008: 76 %). Da die Jüngeren häufiger als die Älteren lediglich über einen Mobilfunkanschluss verfügen und nicht mehr über Festnetz, wäre prinzipiell denkbar, dass hier eine Erklärung für die Unterschiede im Vertrauen liegen könnte. Doch sprechen empirische Befunde gegen diese Annahme. Berechnet man auf der Basis des *European Social Survey* von 2008-2009 für die 18-29jährigen den Anteil derer, die der Polizei positiv gegenüberstehen (Werte 7-10 auf der 10er Skala) einmal für die Gesamtheit der Befragten und einmal nur für diejenigen mit Festnetzanschluss (=87 % in der Altersgruppe), unterscheiden sich die Vertrauenswerte lediglich um einen Prozentpunkt. Des Weiteren ist vorstellbar, dass die Älteren aufgrund größerer kognitiver Probleme in Befragungen (vgl. u.a. Reuband 1998) – insbesondere durch das Fehlen einer Vorlage mit Skalenbenennung (wie in der face-to-face Befragung) – zu fehlerhaften Antworten verführt wurden. Doch müssten davon besonders die älteste Gruppe der über 75jährigen betroffen sein. Dies ist jedoch nicht der Fall: betroffen sind die 60-74jährigen. Hinweise dafür, dass sich die 60-74jährigen durch eine im Vergleich zu anderen (auch älteren) Altersgruppen überproportional hohe Kriminalitätsfurcht auszeichnen und deshalb kritischer urteilen könnten, finden sich nicht.
- 24 Lange Zeit standen zur Beschreibung des Demonstrationsgeschehens Statistiken der Polizei zur Verfügung, auch mit Angaben zum Vorkommen von Gewalt (vgl. Reuband 1984). Seit den 1980er Jahren werden diese Statistiken vom Bundesinnenministerium nicht mehr erstellt, so dass man gezwungen ist, auf andere Quellen zurückzugreifen, wie etwa Berichte in Zeitungen (Neidhardt/Rucht 1999). Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass im Lauf der Zeit der „Neuigkeitswert“ (vgl. Galtung/Ruge 1973) von Demonstrationen aus Sicht von Zeitungen abgenommen hat und deswegen deren Aussagekraft für Trendaussagen – vor allem zu Fragen der Gewaltanwendung – eingeschränkt ist. Analysen auf der Basis von Analysen der Zeitungsberichterstattung deuten darauf hin, dass die Zahl bundesweiter Demonstrationen seit den 80er und 1990er Jahren abgenommen hat und dass vor allem die Themen Atomkraft und Demokratie an Bedeutung verloren haben.
- 25 1984 bekundeten unter den 18-29jährigen nur 52 Prozent Vertrauen in die Polizei, 1994 ist der Wert auf 62 Prozent angestiegen und liegt 2000 und 2002 bei 64 Prozent, 2008 bei 62 Prozent, 2011 liegt er schließlich gar bei 78 Prozent. Wenn man bedenkt, dass gerade mal drei Jahre zwischen 2008 und 2011 vergangen sind, muss man den weiteren Anstieg freilich als besonders auffällig erachten, so dass auch noch alternative oder ergänzende Erklärungen in Betracht zu ziehen wären.
- 26 Die 18-29jährigen erweisen sich 1980 zu 28 Prozent als rein postmaterialistisch. Dieser Anteil steigt von dort an von Jahr zu Jahr bis er in dieser Altersgruppe schließlich im Jahr 1990 einen Wert von 50 Prozent erreicht. Von da an sinkt er wieder: auf 44 Prozent im Jahr 1991,

auf 34 Prozent im Jahr 1992 bis 21 Prozent im Jahr 2010. Die 30-44jährigen weisen in der ALLBUS Erhebung von 2008 einen Wert von 20 Prozent auf, die 45-59jährigen von 22 Prozent, die 60-74jährigen von 17 Prozent und die über 75jährigen von 9 Prozent. Die mittleren Altersgruppen unterscheiden sich in der neueren Zeit demnach nur noch minimal von den anderen Altersgruppen, es gibt überall nahezu die gleichen Werte, von den über 75jährigen abgesehen.

- 27 Der standardisierte Regressionskoeffizient für den Effekt des Postmaterialismus auf das Vertrauen in die Bundesregierung liegt 1984 bei $-.26$ ($p < 0,001$), 1994 bei $-.16$ ($p < 0,001$), 2000 bei $-.08$ ($p < 0,01$), 2002 bei $-.06$ ($p < 0,05$) und 2008 bei $-.06$ ($p < 0,01$).
- 28 Die Prüfung alternativer Operationalisierungen macht nicht nur Sinn, weil sich die wirtschaftlichen Probleme im Lauf der Zeit gewandelt haben, sondern auch weil ein Problem im Zusammenhang unserer Diskussion darin besteht, dass das Ziel „Recht und Ordnung“ Bestandteil des Original-Index ist und damit ein Bezug unmittelbar mit der Institution der Polizei hergestellt ist. In der dritten Splitversion wurde daher von uns das Ziel „Recht und Ordnung“ durch das Ziel „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ ersetzt. In der Originalversion liegt der Anteil der Postmaterialisten (einschl. postmaterialistischem Mischtyp) bei 61 Prozent, in der Fassung „Arbeitslosigkeit statt Inflation“ bei 59 Prozent und der Fassung „Arbeitslosigkeit und Inflation“ bei 51 Prozent. Die höchste Korrelation zwischen Postmaterialismus und Vertrauen in die Polizei findet sich für die Originalversion des Index ($N = 178$) – das übliche statistische Signifikanzniveau (von $.05$ und niedriger), wird allerdings verfehlt ($r = .13$, $p < 0,96$). In der Version „Arbeitslosigkeit statt Inflation“ ($N = 121$) liegt die Korrelation noch niedriger: bei $r = .03$ (n.s.) und in der Version „Arbeitslosigkeit und Inflation“ ($N = 139$) bei $r = .02$ (n.s.). Die einzige Institution, die eine statistisch signifikante Beziehung auf dem üblichen Niveau in der Originalversion eingeht, ist die Gewerkschaft mit $r = .20$ ($p < 0,01$). In der Fassung „Arbeitslosigkeit statt Inflation“ liegt der Wert sogar bei $r = .26$ ($p < 0,01$). Wobei gilt: Je höher der Postmaterialismus, desto größer das Vertrauen in die Gewerkschaften.
- 29 Wir haben die Vergleiche nicht nur auf der Basis der standardisierten Koeffizienten durchgeführt, wie sie in der Tabelle aufgeführt und im Text erwähnt sind. Auch der Vergleich auf der Ebene der unstandardisierten Koeffizienten ergibt analoge Ergebnisse.
- 30 So wird für Großbritannien – anders als für Deutschland – in der Zeit zwischen 1964 und 2004 eine kontinuierliche Erosion des Vertrauens in die Polizei berichtet (hier gemessen über die Zufriedenheit mit der Arbeit der lokalen Polizei). Von besonderem Interesse im Zusammenhang mit unserer Diskussion ist: die Älteren sind vom dem Rückgang des Vertrauens stärker betroffen als die Jüngeren. Bei den Jüngeren bleiben die Vertrauenswerte stabil, steigen sogar im Zeitverlauf leicht an (Bradford 2011: 184).

Literatur

- Ahmad, Nabeela/McNamara, IV, Francis/Batistia Pereira, Frederico, 2011: Trust in the National Police. Americas Barometer Insights 59.
- ALLBUS (1980) Codebuch, GESIS/ ZA Nr. 1000. Köln: GESIS
- Aust, Folkert/Schröder, Helmut, 2009: Sinkende Stichprobenausschöpfung in der Umfrageforschung – ein Bericht aus der Praxis. S. 195-212 in: Weichbold, M./Bacher, J./Wolf, C.

- (Hrsg.), *Umfrageforschung. Herausforderungen und Grenzen*. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beatty, Christina/Grimsley, Mike/Lawless, Paul/Manning, Julie/Wilson, Ian, 2005: *Fear of Crime in NDC Areas. How Do Perceptions Relate to Reality?* Sheffield: Sheffield Hallam University, Centre for Regional Economic and Social Research.
- Blasius, Jörg/Reuband, Karl-Heinz, 1995: Telefoninterviews in der empirischen Sozialforschung. Ausschöpfungsquoten und Antwortmuster. *ZA Information*, 37: 64-87.
- Blendon, Robert J./Benson John M./Morin, Richard/Altman Drew E./Brodie, Molyann/Brossard, Mario/James, Matt, 1997 *Changing Attitudes in America*. S. 205-216 in: Nye Jr., J.S./Zelikow, P.D./King, D.C., (Hrsg.), *Why People Don't Trust Government*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Bok, Derek, 1997: *Measuring the Performance of Government*. S. 55-76 in: Nye Jr., J. S./Zelikow, P.D./King, D.C., (Hrsg.), *Why People Don't Trust Government*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press
- Bradford, Ben, 2011: Convergence, Not Divergence? Trends and Trajectories in Public Contact and Confidence in the Police. *British Journal Criminology* 51: 179-200.
- Bundeskriminalamt, 2011: *Polizeiliche Kriminalstatistik 2010*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Dalton, Russel J., 1999: *Political Support in Advanced Industrial Democracies*. S. 57-77 in: Norris, P. (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russel J., 2004: *Democratic Challenges. Democratic Choices*. Oxford: Oxford University Press
- Dalton, Russel J., 2005: The Social Transformation of Trust in Government. *International Review of Sociology* 15/1: 133-154
- Diekmann, Andreas, 2007: *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Dittmann, Jörg, 2011: Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. S. 297-301 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Band II. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Döring, Herbert, 1990: Aspekte des Vertrauens in Institutionen. Westeuropa im Querschnitt der Internationalen Wertestudie 1981. *Zeitschrift für Soziologie* 19/2: 73- 89.
- Ellrich, Karoline/Pfeiffer, Christian/Baier, Dirk, 2010: *Gewalt gegen Polizeibeamte*. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- EMNID, 1987: *EMNID Informationen* 5/1987: 11-12.
- Eurobarometer 2005: *Eurobarometer 63. Public Opinion in the European Union*. Brussels: European Commission.
- Feist, Ursula, 1994: *Die Macht der Nichtwähler. Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen*. München: Droemer Knauer.
- Glaab, Manuela/Kießling, Andreas, 2001: Legitimation und Partizipation S. 571-611 in: Korte, K.-R./Weidenfeld, W. (Hrsg.), *Deutschland-TrendBuch. Fakten und Orientierungen*. Opladen. Leske + Budrich.
- Focus, 2002: *Der große Polizei-TÜV*. Focus Nr. 18.
- Forsa 2002: *Der Forsa-Meinungsreport 2002: Was Deutschland bewegt* (hrsg. von Manfred Güllner). Frankfurt/M.: Eichborn.
- Freitag, Markus/Bühlmann, Marc, 2005: Politische Institutionen und Entwicklung generalisierten Vertrauens. Ein internationaler Vergleich. *Politische Vierteljahresschrift* 46/4: 575-601.

- Fuchs, Dieter/Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin, 2002: Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31/4: 427-450.
- Gabriel, Oscar W., 1999: Integration durch Institutionenvertrauen? Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat im vereinigten Deutschland. S. 199-238 in: Friedrichs, J./Jagodzinski, W. (Hrsg.), Soziale Integration. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin, 2005: Persönlichkeitseigenschaften und Institutionenvertrauen. S. 175- 192 in: Schumann, S. (unter Mitarbeit von Schoen, H.) (Hrsg.), Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gallagher, Catherine/Maguire, Edward R./Matsrofski, Stephen D./Reisig, Michael D., 2001: The Public Image of the Police. Final Report to the International Associations of Police. Massas, VA: Administration of Justice Program, George Mason University.
- Galtung, Johannes./Ruge, Marie H., 1973: Structuring and Selecting News [org. 1965]. S. 62-72 in: Cohen, S./Young, J. (Hrsg.), The Manufacture of News. Deviance, Social Problems, and the Mass Media. London: Constable & Co.
- GfK, Pressemitteilung 11.01.2008: Viel geschätzte Feuerwehr. Internationale GfK- Studie zum Vertrauen der Bürger in verschiedenen Berufsgruppen und Organisationen.
- GfK 2011: Wem die Deutschen vertrauen – Ergebnisse des GfK Global Trust Reports 2011. *Internetquelle*: [<http://www.presseportal.de/pm/80428/2164890/wem-die-deutschen-vertrauen-ergebnisse-des-gfk-trust-reports-2011-mit-bild>].
- Gräf, Lothar/Jagodzinski, Wolfgang, 1998: Wer vertraut welcher Institution: Sozialstrukturell und politisch bedingte Unterschiede im Institutionenvertrauen. S. 283-315 in: Braun, M./Mohler, P.J. (Hrsg.), Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia, 1993: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland. München: List.
- Groll, Kurt H.G./Lander, Bettina, 2000: Entwicklung des Vertrauens der Bevölkerung in die Polizei 1984-1995. S. 92-113 in: Liebl, K.H./Ohlemacher, T. (Hrsg.), Empirische Polizeiforschung. Interdisziplinäre Perspektiven in einem sich entwickelnden Forschungsfeld. Herbolzheim: Centaurus.
- Herz, Thomas, 1979: Die Einstellung zur Verwirklichung der Werte „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“. S. 193-209 in: Klages, H./Kmieciak, P. (Hrsg.), Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt: Campus.
- Hüfken, Volker, 2000: Kontaktierung bei Telefonbefragungen. Auswirkungen auf das Kooperations- und Antwortverhalten. S. 11-32 in: Hüfken, V. (Hrsg.), Methoden in Telefonumfragen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hüfken, Volker/Schäfer, Anne, 2003: Zum Einfluss stimmlicher Merkmale und Überzeugungsstrategien der Interviewer auf die Teilnahme in Telefonumfragen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55/2: 321-339.
- Infratest dimap, Presseinformation 18.03.2009: Vertrauen der Bürger in die Politik gestiegen. *Internetquelle*: [www.infratest-dimap.de].
- Inglehart, Ronald, 1997a: Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies. Princeton, N.J.: Princeton University Press
- Inglehart, Ronald, 1997b: Postmaterialist Values and the Erosion of Institutional Authority. S. 217-236 in: Nye Jr., Josph S./Zelikow, Philip D./King, Dave C. (Hrsg.), Why People Don't Trust Government. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

- Inglehart, Ronald, 1999: Postmodernization Erodes Respect for Authority, but Increases Support for Democracy. S. 236-256 in: Norris, P. (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press.
- Institut für Demoskopie, 2011a: Roland Rechtsreport 2011. Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Rechtssystem, zu jugendlichen Gewalttätern und zur Mediation. Allensbach.
- Institut für Demoskopie, 2011b: Allensbacher Berufsprestige-Skala. Allensbacher Berichte. Allensbach.
- Institut für Demoskopie, 2012: Gewerkschaften sind beliebt. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 12, 25. März 2012: 33.
- Jackson, Jackson/Bradford, Ben/Hough, Mike/Kuha, Jouni/Stares, Sally/Widdop, Sally/Fitzgerald, Rory/Yordanova, Maria/Galev, Todor, 2011: Developing European Indicators of Trust in Justice. *European Journal of Criminology* 8/4: 268-285.
- Kaina, Victoria/Deutsch, Franziska, 2006: Verliert die „stille Revolution“ ihren Nachwuchs? – Wertorientierungen in Deutschland im Kohorten- und Zeitvergleich. S. 157-181 in: Brettschneider, F./van Deth, J.W./Roller, E. (Hrsg.), *Jugend und Politik – Voll normal!* Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keeter, Scott/Kennedy, Courtney/Dimock, Michael/Best, Jonathan/Craighill, Peyton, 2006: Gauging the Impact of Growing Nonresponse on Estimates from a National RDD Telephone Survey. *Public Opinion Quarterly* 70/5: 759-779.
- Kohut, Andrew/Keeter, Scott/Doherty, Carroll/Dimock, Michael/Christian, Leah, 2012: *Assessing the Representativeness of Public Opinion Surveys*. Washington: The Pew Research Center for the People & the Press.
- Klein, Michael/Ohr, Dieter, 2004: Ändert der Wertewandel seine Richtung? Die Entwicklung gesellschaftlicher Wertorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1980 und 2002. S. 153-178 in: Schmitt-Beck, R./Wasmer, M./Koch, A. (Hrsg.), *Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analyse mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten*. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Koch, Achim, 1998: Wenn „mehr“ nicht gleichbedeutend mit „besser“ ist: Ausschöpfungsquoten und Stichprobenverzerrungen in Allgemeinen Bevölkerungsumfragen. *ZUMA-Nachrichten* 42: 66-99.
- Köcher, Renate (Hrsg.), 2009: *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009*. Band 12. Berlin: De Gruyter Verlag für Demoskopie.
- Kornelius, B./Roth, D., 2004: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Marcus, Jan, 2009: Der Einfluss von Erhebungsformen auf den Postmaterialismus-Index. *Methoden – Daten – Analysen* 3/2: 137-166.
- Maurer, Michael, 2003a: Mobilisierung oder Malaise? Wie verändert die Politikdarstellung der Massenmedien die Rezipientenurteile über Politik? S. 319-323 in: Donsbach, W./Jandura, O. (Hrsg.), *Chancen und Gefahren der Mediendemokratie*. Konstanz: UVK.
- Meulemann, Heiner, 1996: *Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation*. Weinheim: Juventa.
- Meulemann, Heiner/Beckers, Thilo, 2003: *Codebuch „Selbst- und Kollektivorientierung“*. Köln: Institut für Angewandte Sozialforschung, Universität zu Köln.
- Neidhardt, Friedrich/Rucht, Dieter, 1999: Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994. Ereignisse, Themen, Akteure. S. 129-164 in: Kaase, M./Schmid, G. (Hrsg.), *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland (WZB Jahrbuch 1999)*. Berlin: Edition Sigma.

- Newton, Kenneth/Norris, Pippa, 2000: Confidence in Public Institutions: Faith, Culture or Performance? S. 52-73 in: Pharr, S.J./Putnam, R.D. (Hrsg.), *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries?* Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Petersen, Thomas, 2001: Zeitenwende. Der Wertewandel 30 Jahre später. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B29: 15-22.
- Norris, Pippa, 1999: The Growth of Critical Citizens? S. 1- 27 in: Norris, P. (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Norris, Pippa, 2000: The Impact of Television on Civic Malaise. S. 231-251 in: Pharr, S.J./ Putnam, R.D. (Hrsg.), *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries?* Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Nye Jr., Joseph S./Zelikow, Philip D./King, David C., (Hrsg), 1997: *Why People Don't Trust Government*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Orren, Gary, 1997: Fall from Grace: The Public's Loss of Faith in Government. S. 77-108 in: Nye Jr., J.S./Zelikow, P.D./King, D.C., (Hrsg), *Why People Don't Trust Government*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Otte, Gunnar, 2004: *Sozialstrukturanalyse mit Lebensstilen*. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Petersen, Thomas, 2011a: Die Bewältigung der Diktatur – in den Familien. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 63 vom 16. März 2011: 7.
- Petersen, Thomas, 2011b: Hochkonjunktur für politische Interventionen? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 267 vom 16. November 2011: 5.
- Polizei Bremen, o.J.: *Polizei im Dialog. Ergebnisse der Bürgerbefragung in Bremen*. Bremen: Polizei Bremen.
- Putnam, Robert D., 2000: *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Reader's Digest, 2010: *Polizei, Kirche und Justiz gewinnen dauerhaft Vertrauen*. Pressemitteilung 2.3.2010.
- Reuband, Karl-Heinz, 1984: An den Frieden gewöhnt. Gewalt ist nicht die Regel bei öffentlichem Protest. *DIE ZEIT*, Nr. 18 vom 27. April 1984: 11.
- Reuband, Karl-Heinz, 1995: Veränderungen in der Kriminalitätsfurcht der Bundesbürger. Eine Bestandsaufnahme empirischer Erhebungen. S. 37-54 in: Kaiser, G./Jehle, M. (Hrsg.), *Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse*. Band II. Heidelberg: Kriminalistik Verlag.
- Reuband, Karl-Heinz, 1998: Der Interviewer in der Interaktion mit dem Befragten – Reaktionen der Befragten und Anforderungen an den Interviewer. S. 138-155 in: Statistisches Bundesamt, (Hrsg.), *Interviewereinsatz und -qualifikation. Spektrum der Bundesstatistik* Band 11. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Reuband, Karl-Heinz, 1999: Kriminalitätsfurcht. Stabilität und Wandel. *Neue Kriminalpolitik* 11/2: 15-20.
- Reuband, Karl-Heinz, 2004: Kriminalitätsentwicklung und Medienwirklichkeit. Wie die Kriminalitätslage durch die PKS, Politiker und Medien konstruiert wird. S. 235-248 in: Walter, M./Kania, H./Albrecht, H.J. (Hrsg.), *Alltagsvorstellungen von Kriminalität. Individuelle und gesellschaftliche Bedeutung der Kriminalitätsbilder für die Lebensgestaltung*. Münster: LIT.
- Reuband, Karl-Heinz, 2006: Steigende Punitivität in der Bevölkerung – ein Mythos? Änderungen im Kriminalitätserleben der Bundesbürger und ihre Forderung nach härteren Strafen. *Neue Kriminalpolitik* 18/3: 99-103.

- Reuband, Karl-Heinz, 2010: Subjektives Kriminalitätserleben im Kontext gesellschaftlicher Transformation. Die Kriminalitätsfurcht der Ostdeutschen im kollektiven Verlauf und individueller Erinnerung. S. 112-162 in: Groenemeyer, A. (Hrsg.), Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reuband, Karl-Heinz, 2011a: Changing Punitiveness in the German Population? A Review of the Empirical Evidence Based on Nationwide Surveys. S. 131-163 in: Kury, H./Shea, E. (Hrsg.), Punitivity. International Development. Vol. 2: Insecurity and Punitiveness. Bochum: Universitätsverlag Dr. Brockmeyer.
- Reuband, Karl-Heinz, 2011b: Rücklaufquoten und Repräsentativität. Welchen Einfluss hat die Rücklaufquote auf die Repräsentativität? Stadtforschung und Statistik. Zeitschrift des Verbandes deutscher Städtestatistiker 1: 44-50.
- Rosar, U., 1998: Policy-Orientierung und Systemlegitimität 1991-1995. Die Bedeutung der politischen Agenda für das Vertrauen in rechtsstaatliche und politische Institutionen. S. 129-154 in: Meulemann H. (Hrsg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Roth, Felix/Nowak-Lehmann, Felicitas/Otter, Thomas, 2011: Has the Financial Crisis Shattered Citizens' Trust in National and European Governmental Institutions? Evidence from the EU Member States, 1999-2010. Centre for European Policy Studies. Working Document 343. *Internetquelle*: [http://aei.pitt.edu/15772/1/WD_343_Roth_et_al_on_trust.pdf].
- Schneiderat, Götz/Schlinzig, Tino, 2012: Mobile- and Landline-Onlys in Dual-Frame-Approaches: Effects on Sample Quality. S. 121-145 in: Häder, S./Häder, M. (Hrsg.), Telephone Surveys in Europe: Research and Practice. Berlin: Springer.
- Schupp, Jürgen/Wagner, Gert G., 2004: Vertrauen in Deutschland: Großes Misstrauen gegenüber Institutionen. Wochenbericht des DIW Berlin 21.
- Tacke, Wilhelm, 1999: Vertrauen in Institutionen. Eine einleitende Zusammenschau über das Vertrauen schlechthin. Umfrage & Analyse 11/12: 28-35.
- Terwey, Michael/Pollack, Detlef, 1997: Institutionenvertrauen in Deutschland – Differenz und Integration. S. 346-351 in: Rehberg, K.S. (Hrsg.), Differenz und soziale Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften (Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Dresden 1996, Kongressband II). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Tripplet, Timothy, 2002: What is Gained from Additional Call Attempts & Refusal Conversion and What are the Costs Implications? Washington: The Urban Institute.
- Walz, Dieter, 1996: Vertrauen in Institutionen in Deutschland zwischen 1991 und 1995. ZUMA-Nachrichten 38/20: 70-87.
- Wasmer, Martina/Scholz, Evi/Blohm, Michael, 2010: Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 2008. GESIS – Technical Reports 2010/ 04.
- Winter, Martin, 1997: Die Polizei – autonomer Akteur oder Herrschaftsinstrument? Der Halle-sche Graureiher 3. Halle: Institut für Soziologie.
- Wolling, Jürgen, 2001: Skandalberichterstattung in den Medien und die Folgen für die Demokratie. Die Bedeutung von Wahrnehmung und Bewertung der Berichterstattung für die Einstellung zur Legitimität des politischen Systems. Publizistik 46: 20-36.

Trust in the Police and State Institutions in Germany Stability and Change in People's Attitudes 1984-2011

Abstract

The focus of the paper is on trust that people in West Germany have in the police and other state and non-state institutions. Nationwide surveys from 1984 to 2011 are the empirical basis. In contrast to widespread assumptions one cannot find a continuous erosion of trust over time. After the decline in trust that some institutions underwent in the late 1980s and early 1990s the respective figures have stabilized. In contrast to earlier times the police (together with the courts) is seen as a separate entity in the evaluation and not seen any more as part of the state institutions in general. In contrast to earlier times it is not the young and better educated who show the greatest distrust into the police. The relationship has diminished or even given rise to the contrary. The influence of postmaterialist values on trust into institutions has diminished.

Karl-Heinz Reuband

*Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Institut für Sozialwissenschaften
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf
reuband@phil-fak.uni-duesseldorf.de*